

Politische Berichte

PROLETARIAT ALLER LÄNDER VEREINIGT EUCH! PROLETARIAT ALLER LÄNDER UND UNTERDRÜCKTE VÖLKER VEREINIGT EUCH!



*„Arbeitsmaschinen
aus Fleisch und Blut
gefragt!“*

5

*Nahost: Kein Friede
ohne gerechte Was-
serverteilung – Keine
Lösung der Wasser-
frage ohne Frieden*

6

DENK-MAL

12

*GEW Hamburg:
Reformen ja, Mehr-
arbeit nein, Arbeits-
zeitverkürzung jetzt!*

15

*Aus der Diskussion
der Linken Schule:
Bürgergesellschaft in
der Fabrik!*

18



Politische Berichte

ZEITUNG FÜR SOZIALISTISCHE POLITIK
– ERSCHEINT VIERZEHTÄGLICH

Herausgeber: Arbeitskreis Politische Berichte, Stubaier Straße 2, 70327 Stuttgart. Herausgeber für den Arbeitskreis Politische Berichte: Selman Arslan, Christoph Cornides, Ulrike Detjen, Emil Hruška, Herbert Stascheit.

Verantwortliche Redakteure und Redaktionsanschriften:

Aktuelles aus Politik und Wirtschaft; Auslandsberichterstattung: Christiane Schneider, GNN-Verlag, Neuer Kamp 25, 20359 Hamburg, Tel. 040/43188820, Fax: 040/43188821. E-mail: gnn-hhsh@hansenet.de – Alfred Küstler, GNN-Verlag, Postfach 60 02 30, 70302 Stuttgart, Tel. 0711/62 47 01, Fax: 0711/62 15 32. E-mail: gnn-stuttgart@t-online.de

Regionales / Gewerkschaftliches West: Martin Fochler, GNN Verlag, Stubaier Straße 2, 70327 Stuttgart, Tel. 0711/624701, Fax: 0711/62 15 32, e-mail: pb@gnn-verlage.de ... **und Ost** Achim Wahl, GNN-Verlag, Postfach 200639, 13516 Berlin, Tel. 030/2400 94 68, Fax: 030/2400 94 69

Diskussion / Dokumentation und Letzte Seite: Hardy Vollmer; GNN-Verlag, Wilhelmstraße 15, 79098 Freiburg, Fax: 0761/34961

In und bei der PDS: Jörg Detjen, GNN Verlagsgesellschaft Politische Berichte mbH, 50674 Köln, Zulpicher Str. 7, Tel. 0221/211658, Fax: 0221/215373. E-mail: gnn-koeln@netcologne.de
Termine: Christiane Schneider, Anschrift s. Aktuelles.

Die Mitteilungen der „ARGE, Arbeitsgemeinschaft Konkrete Demokratie, soziale Befreiung bei der PDS“ werden in den Politischen Berichten veröffentlicht. Adresse GNN Hamburg

Verlag: GNN-Verlagsgesellschaft Politische Berichte mbH, 50674 Köln, Zulpicher Str. 7 und GNN Verlag Süd GmbH, Stubaier Str. 2, 70327 Stuttgart, Tel. 0711/62 47 01, Fax: 0711/62 15 32. E-mail: gnn-stuttgart@t-online.de

Bezugsbedingungen: Einzelpreis 2,50 DM. Ein Halbjahresabonnement kostet 45,50 DM (Förderabo 71,50 DM), ein Jahresabonnement kostet 91 DM (Förderabo 143 DM). Ein Jahresabo für Bezieher aus den neuen Bundesländern: 80,60 DM, Sozialabo: 65 DM. Ausland: + 13 DM Porto. Buchläden und andere Weiterverkäufer erhalten 30 % Rabatt.

Druck: GNN Verlag Süd GmbH Stuttgart

Politische Berichte

– zum Abonnieren – zum Kennenlernen

Hiermit bestelle ich Stück pro Ausgabe der PB

- o 4 Ausgaben für 10 DM (beilegen) zum Kennenlernen.
- o Halb- o Jahresabo (45,50 DM / 91 DM je Einzelabo)
- o Halb- o Jahres-Förderabo (71,50 DM / 143 DM).
- o Halb- o Jahres-Sozialabo (32,50 DM / 65 DM).
- o Halb- o Jahresabo neue Länder (40,30 DM / 80,60 DM)
- o Bankeinzug: Ich ermächtige den GNN-Verlag widerruflich, die Rechnung zu Lasten meines Kontos abzubuchen

Name:

Straße:

Postleitzahl/Ort:

Kto-Nr.

BLZ:

Bank:

Unterschrift:

Einsenden an: GNN-Verlag, Stubaier Str. 2, 70327 Stuttgart

PRAXIS ÄNDERN! Seit Anfang Juli befindet sich der Totalverweigerer Kai Steyer fast ununterbrochen bei der Bundeswehr im Disziplinararrest. Bundesverteidigungsminister Scharping, um Aufklärung gebeten, schweigt. Hierzu erklärt Heidi Lippmann, MdB PDS: Kai Steyer wurde am 02. Juli 2001 als Wehrpflichtiger in das Panzergrenadierbataillon 323 nach Schwanewede einberufen. Dort erklärte er, dass er den Wehrdienst verweigere und auch nicht bereit sei, den zivilen Ersatzdienst zu leisten. Danach lief die in solchen Fällen übliche Maschinerie an. Nachdem er jeglichen Befehl seiner Vorgesetzten verweigerte, wurde gegen ihn vom nächsten Disziplinarvorgesetzten sieben Tage Disziplinararrest verhängt und vollstreckt. Nach Verbüßung der Strafe ging das Spiel weiter, weil sich Steyer auch weiterhin weigerte, Befehlen nachzukommen. Die Folge: Verhängung von weiteren 14 und zweimal 21 Tagen Disziplinararrest durch den nächsthöheren Disziplinarvorgesetzten. Die Vollstreckung des letzten Arrestes läuft derzeit. Mir ist bekannt, dass die einschlägigen Bestimmungen des Wehrrechtes den Spielraum der verantwortlichen Vorgesetzten begrenzen, mir ist aber auch bekannt, dass der durchaus vorhandene Spielraum von den militärischen Vorgesetzten nicht ausgenutzt wird, weil das der Karriere nicht eben förderlich wäre. Es ist jedoch rechtswidrig und im übrigen für einen demokratischen Rechtsstaat beschämend, einen Menschen immer wieder aufs Neue in eine Situation zu bringen, deren Ausgang von vornherein feststeht und die stets wieder zu einem Freiheitsentzug führt mit dem offensichtlichen Ziel, die Widerstandskraft des Betroffenen zu brechen. Deswegen habe ich zunächst den Kommandeur des Bataillons am 10. Juli 2001 um Aufklärung über die Umstände des Falles und über die weitere Vorgehensweise der Bundeswehr gebeten. Er verwies auf die Zuständigkeit des Bundesministeriums der Verteidigung. Ich habe daraufhin den Minister gebeten, mir die entsprechenden Auskünfte zu erteilen. Seitdem ist mehr als ein Monat vergangen, in dem es der Minister nicht einmal für nötig erachtet hat, mir wenigstens einen Zwischenbescheid zukommen zu lassen, geschweige denn eine Antwort auf meinen Brief.

Ich fordere den Bundesminister der Verteidigung mit allem Nachdruck auf, sich zu dem Fall des Kai Steyer endlich zu erklären und ihn zum Anlass zu nehmen, die Praxis des repressiven staatlichen Umgangs mit Totalverweigerern zu ändern, anstatt junge Menschen zu kriminalisieren, die ihrem Gewissen Folge leisten. Ich fordere ihn auf, Kai Steyer sofort auf freien Fuß zu setzen und den Zwangsdienst Wehrpflicht endlich abzuschaffen.

HÖCHSTSTRAHLUNGSWERTE BEGRENZEN! Zum Aufbau der neuen

UMTS-Technik sollen in den nächsten Jahren mindestens 40.000 neue Sendeanlagen und Funkmasten gebaut werden. Dagegen fordert der BUND jetzt schärfere Maßnahmen gegen Elektrosmog. Zwar räumte er ein, dass es noch keine abschließenden wissenschaftlichen Beweise für akute Gesundheitsschäden gebe. Doch könne man sicher davon ausgehen, dass die gültigen Grenzwerte für elektromagnetische Strahlungen die Gesundheit nicht ausreichend schützten. Deshalb müssten die zulässigen Höchststrahlungswerte abgesenkt werden. Unverzichtbar seien auch größere Sicherheitsabstände zu den Sendeanlagen, vor allem in Wohngebieten (mindestens 60m). Der BUND wies auf wachsenden Widerstand in der Bevölkerung hin. Bisher hätten sich über 500 Bürgerinitiativen gegen Mobilfunksendeanlagen gebildet.

PFLIEGERISIKO. Ein Großteil der Pflegeheime weist katastrophale Mängel auf. Dies zeigte erneut eine Untersuchung, die die Verbände der Pflegekassen in Niedersachsen durchführten. In mehr als zwei Drittel der Pflegeheime würden die anerkannten Grundsätze guter Pflege nicht umgesetzt. In 30% der Heime ist nicht ständig eine ausgebildete Pflegekraft anwesend. Weitere 30% wiesen teils dramatische Mängel in der Ausstattung auf. Das hessische Sozialministerium kam aufgrund einer Untersuchung von Pflege- und Krankenbetten zu dem Schluss, dass bei elektrisch verstellbaren Betten ein Brandrisiko bestehen kann und mangelhafte Seitengitter ein beträchtliches Unfallrisiko bergen. Anlass für die Untersuchung waren Todesfälle durch Brand oder Strangulation, die auf Mängel der Betten zurückzuführen waren.

VON WEGEN HARMLOS. Der Empfehlung der Innenministerkonferenz vom Juni 1999, die Polizeien mit sog. Pfefferspray auszurüsten, folgte zunächst Bayern, dann immer mehr Bundesländer, der Bundesgrenzschutz und als letzte Stadt, ab 1.1.2002, Berlin. Damit folgt die Bundesrepublik anderen europäischen Ländern und den USA. Die Grünen z.B. begrüßen die Einführung als „Ökologisierung der Nahkampfstoffe“. Dabei ist der Einsatz von Pfefferspray alles andere als harmlos. Als pflanzliches Gift ist der Reizstoff Oleoresin Capsicum (OC) durch das Abkommen über biologische Waffen von 1972 für Kriegseinsatz verboten. Temporäre Blindheit, ein brennendes Gefühl auf der Haut, Krämpfe im Oberkörper, unkontrollierbarer Husten, Sprech- und Atemschwierigkeiten – die Wirkungen von OC sind erheblich stärker als die anderer sog. Tränengase. Besonders gefährlich ist OC für Personen, die unter Atemproblemen und Asthma leiden. Allein in den USA sind zwischen 1990 und 1995 61 Todesfälle im Zusammenhang mit Pfefferspray-Einsätzen dokumentiert.

Mit deutscher Beteiligung

Mazedonien wird NATO-Militärprotektorat

Wenn diese Zeitung erscheint, wird der Deutsche Bundestag über die Entsendung eines Bundeswehrkontingents nach Mazedonien befunden haben. Die Bundeswehr wird sich, soviel kann einen Tag vor der Entscheidung als sicher gelten, am NATO-Einsatz in Mazedonien beteiligen. Die einzige Parlamentsfraktion, die sich diesem Einsatz geschlossen verweigert, ist die PDS.

Nach Bosnien-Herzegowina und dem Kosovo schafft sich die NATO in Mazedonien einen weiteren Stützpunkt auf dem Balkan. Mit Bosnien-Herzegowina, dem Kosovo und jetzt Mazedonien wird sie erhebliche Teile des früheren Jugoslawiens in Militärprotektorate verwandelt haben. Kroatien kann ohnehin als abhängiger, vorgeschobener Posten der Westmächte gelten kann. Zwar gibt die NATO vor, Mazedonien nach 30 Tagen verlassen zu wollen. Doch der Vorwand für den Einsatz ist so lächerlich fadenscheinig, die NATO so eindeutig in den Konflikt und seine Eskalation verstrickt, dass sich niemand über das eigentliche Ziel täuschen kann. „Essential Harvest“, wie die NATO ihre Operation nannte, heißt zu deutsch nicht, wie meist übersetzt, „bedeutende Ernte“, und „Ernte“ bezieht sich auch nicht auf die paar Waffen, die die NATO einsammeln will. Sondern „Essential Harvest“ heißt „unbedingt erforderliche Ernte“, und „Ernte“ bezieht sich auf Mazedonien.

Das Bestreben maßgeblicher Kräfte in den jugoslawischen Teilrepubliken, wirt-

schaftliche Entwicklung durch Anschluss an den europäischen Großwirtschaftsraum und durch Einfügung in die imperialistische Arbeitsteilung zu erreichen, löste vor über zehn Jahren die jugoslawischen Zerteilungskriege aus. Die Westmächte und allen voran die BRD tragen an dieser Entwicklung große Verantwortung. Der Angriffskrieg gegen Jugoslawien vor zwei Jahren war die konsequente Fortsetzung ihrer aggressiven, auf die Zerstörung Jugoslawiens gerichteten Politik. Heute, mehr als zwei Jahre nach dem NATO-Krieg und mehr als zehn Jahre nach Beginn der ersten Zerteilungskriege, liegt offen vor Augen, dass das westliche Staatenbündnis NATO/EU den Menschen aus dem früheren Jugoslawien keine Entwicklungsperspektive bietet. Wirtschaft und Infrastruktur liegen am Boden, viele Produktionsanlagen sind zerstört, die Flüchtlingsfrage ist drängender denn je. Nur die Mafia gedeiht allerorts. Milosevic, der angebliche Urheber allen Elends, dessen Herrschaft wirksame Unterstützung blockiert habe, wurde gestürzt. Aussicht auf Besserung gibt es trotzdem nicht. Dass die Region sich mithilfe internationaler Kredite aufrappeln und entwickeln kann, diese Hoffnung hat kaum noch jemand. Ob der Zerfall weiter geht oder ob aus den Trümmern Jugoslawiens das Bestreben wächst, zu einer neuen Zusammenarbeit zu kommen, ist völlig offen. So oder so aber ist die Entwicklung des Balkan für die imperialistischen Mächte des Westens unberechenbar.

Das ist der Hintergrund für die Besetzung Mazedoniens und seine Verwandlung in ein Militärprotektorat. Die Friedensbewegung hat darauf aufmerksam gemacht, dass im Kosovo nahe Pristina eine gewaltige US-Militärbasis entstanden, die größte seit Vietnam. Sie ist für die Anlandung und als Stützpunkt großer Truppenverbände geeignet. Der Blick auf die Karte zeigt, dass die NATO mit der Besetzung Mazedoniens Serbien endgültig eingekreist hat. Dass die NATO an Plänen arbeitet, auch Serbien zu besetzen, ist mehr als nur wahrscheinlich.

Besonders bitter ist, dass die deutsche Beteiligung an der Besetzung des Balkan mithilfe der Grünen durchgesetzt wurde, der Partei also, die aus den beiden großen Protestbewegungen der letzten Jahrzehnte hervorgegangen ist.

scc



Dokumentiert

Offener Brief von Friedensorganisationen, -initiativen und NGOs an die Abgeordneten des deutschen Bundestages 27. August 2001

Appell

von Friedensorganisationen an die MdBs

Sehr geehrte Frau Abgeordnete, sehr geehrter Herr Abgeordneter, nach den vielen überlegten und teilweise sehr ausführlichen Antworten aus Ihren Reihen auf die Briefe aus der Friedensbewegung fühlen wir uns ermutigt, Ihnen kurz vor Ihrer Entscheidung zum Bundeswehr Einsatz nochmals Argumente vorzutragen und Sie zu bitten, der Regierungsvorlage Ihre Zustimmung zu verweigern.

Die Einwände gegen die NATO-Mission haben sich durch den NATO-Ratsbeschluss vom Dienstag letzter Woche und die letzten NATO-UCK-Vereinbarungen über 3.300 abzugebende Waffen nicht erledigt. Vielmehr sind die Zweifel bestärkt worden. Nach allem, was die Öffentlichkeit weiß – und wahrscheinlich bekommen auch Sie als Mitglied des Bundestages nicht mehr Informationen –, hat sich an den offiziellen NATO-Plänen bis auf die eingestanden mögliche „kurze“ Verlängerung über die 30 Tage hinaus und die Bekräftigung des Abzugswillens bei Nicht-Einhaltung des Waffenstillstands nichts geändert.

Bekannt wurde inzwischen allerdings, dass die NATO-Militärstäbe längst Pläne entwickelt haben, die MFOR stufenweise zu vergrößern: von zunächst 3.500 auf 5.000, 10.000 bis zu 30.000 Soldaten. Auch Pläne für die zeitliche Ausdehnung der Mission auf 60 Tage und mehr, sowie für die Ausweitung des Mandats bis hin zu Kampfeinsätzen liegen vor. Das Argument, Militär müsste für alle Eventualitäten planen, trifft hier nur so weit, als damit ausgesagt wird, dass diese eventuellen Szenarien Wirklichkeit werden können.

Experten gehen davon aus, dass die UCK mit den jetzigen Vereinbarungen lediglich angeboten hat, etwa 1/3 ihrer tatsächlich vorhandenen Waffen abzugeben, dass genügend Nachschub z.B. übers Kosovo für spätere Waffengänge zur Verfügung stehen wird und dass ein Teil der UCK-Kommandos wie weitere Rebellen Gruppen sich gar nicht an das Abkommen halten werden. Für den Empfang des freiwilligen Kontingents einzusammeln der Waffen bedarf es aber keiner NATO-Mission, dies könnte von der UNO/OSZE oder wie Ex-Verteidigungsminister Rühe bemerkte, vom Roten Kreuz besorgt werden. Der Kommandeur des NATO-Einsatzes General Gunnar Lange verkündet im Interview vorab das faktische Scheitern der Mission: „Es wäre naiv zu glauben, dass sie alle ihre Waffen abgeben werden“ (FR vom 17.8.01). Und während der NATO-Oberbefehlshaber

in Europa, General Ralstone, nach seinem Kurzbesuch in Mazedonien die Bedingungen für den NATO-Einsatz für erfüllt hält, vertritt General Clark, sein Vorgänger, öffentlich die gegenteilige Position. Wozu also dient der NATO-Einsatz wirklich? Und was passiert, wenn nach dem Einsammeln der Waffen weitergeschossen wird?

Die Anwesenheit der NATO, die von der slawischen Bevölkerungsmehrheit in Mazedonien nicht unbegründet der Kumpanei mit den albanischen Nationalisten verdächtigt wird, könnte sogar krisenverschärfend wirken. Sie wird von der UCK offenbar deshalb gewünscht, weil sie später als Protektorsarmee nach dem Kosovo-Modell für eine Stabilisierung der ethnischen Teilung des Landes nützlich sein könnte. Die Entsendung zur Operation „Essential Harvest“ ermutigt so weiteren großalbanischen Nationalismus.

Die Friedensbewegung hat mehrfach auf die dubiose Rolle der USA an der Seite der nationalistischen UCK-Freischärler hingewiesen. Nimmt man den Bau der riesigen strategischen US-Militärbasis „Camp Bondsteel“ in der Nähe von Pristina hinzu, werden militär-strategische Interessen für den Raum Balkan-Mittlerer Osten-Kaukasus sichtbar, und es scheint zweifelhaft, ob die US-Politik nach Ende des NATO-Protektorats eine Reintegration Kosovos in die serbische Republik tolerieren wird. Auch Außenminister Fischer sprach davon, dass die albanische Frage offen sei. Ist denn in Wirklichkeit die Abtrennung des Kosovo von Serbien das Ziel und vielleicht auch noch eine albanische Abspaltung von Mazedonien? Die politische und militärische Förderung der UCK durch verschiedene NATO-Mächte würde erst so, allerdings unter einem ganz anderen Vorzeichen, plausibel. Doch auch die Zweifel an der „friedensstiftenden“ Mission in Mazedonien würden sehr viel größer.

Es bleiben also – gelinde gesagt – erhebliche Zweifel an dem angeblichen Nutzen, den Risiken wie auch den vielleicht versteckten Absichten für die NATO-Mission. Wir befürchten, dass Sie als Parlamentarier eine Schwindelpackung aus Brüssel abnicken sollen, welche NATO und Bundeswehr in ein böses Spiel albanischer Nationalisten und Mafiosi beider Seiten um die ethnische Aufteilung des Landes und möglicherweise in eine neue Kriegsbeteiligung treiben kann.

Wir betonen nochmals: Die Friedensbewegung vo-



Erste Protestdemonstration am 27.8. in Berlin

tiert nicht für Abwarten und Nichtstun. Eingebettet in eine klare Haltung der EU-Politik für die territoriale Integrität eines multiethnischen Mazedoniens und der Absage an jeden großalbanischen Nationalismus – auch im Kosovo – können sich die Europäer politisch und mit massiver praktischer Hilfe glaubwürdig und konstruktiv in Mazedonien einmischen. Dazu gehört die Unterbindung für den UCK-Waffenkauf und -Nachschub u.a. durch Sperrung der Auslandskonten, die Eindämmung mafiöser Strukturen, schnelle wirtschaftliche Hilfe und Aufbau und Förderung mannigfaltiger Programme und Projekte zur „Stärkung der Zivilgesellschaft“ in Mazedonien. Auf allen Ebenen sind Maßnahmen möglich, die die Bereitschaft zum friedlichen Zusammenleben der vielen Ethnien in Mazedonien fördern und vieles mehr bis hin zur Entsendung eines größeren Kontingents von Friedensfachkräften in einer OSZE-Mission. Manche zivile Organisationen zeigen vor Ort bereits jetzt im Kleinen beispielhaft, dass multiethnische Projekte mit albanischer, slawischer, serbischer, türkischer und Roma-Bevölkerung funktionieren und bei größerer Anstrengung in solcher Richtung ein von der gesamten mazedonischen Gesellschaft getragener Friedensprozess möglich ist. Flankiert werden müssen solche praktischen Unterstützungen durch weitere politische Anstrengungen, u.a. der Einberufung einer Balkan-Konferenz unter Leitung der UNO oder

OSZE.

Die Situation auf dem Balkan gebietet eine gründliche Erörterung über sinnvolle Maßnahmen und keine Pression auf Abgeordnete mit sachfremden Argumenten, wie sie die Regierung jetzt mit „Bündnisfähigkeit“ oder gar „Staatsräson“ aufbietet. Die von den Herren Schäuble und Scholz initiierte Diskussion um eine Grundgesetzänderung zur Abschaffung des Parlamentsvorbehalts für solche Entscheidungen ist der Versuch, berechnete Zweifel in den Reihen der Abgeordneten mundtot zu machen. Fühlen Sie sich wirklich überfordert, über Gefahren, Sinn und Unsinn einer Beteiligung der Bundeswehr an einem militärischen Einsatz zu entscheiden?

Sie können mit Ihrem Nein gleichzeitig die Unabhängigkeit des Parlaments gegenüber der Regierung, sowie der Bundesrepublik gegenüber der NATO unterstreichen und der Unterminierung der Autorität und Zuständigkeiten der UNO entgegenzutreten.

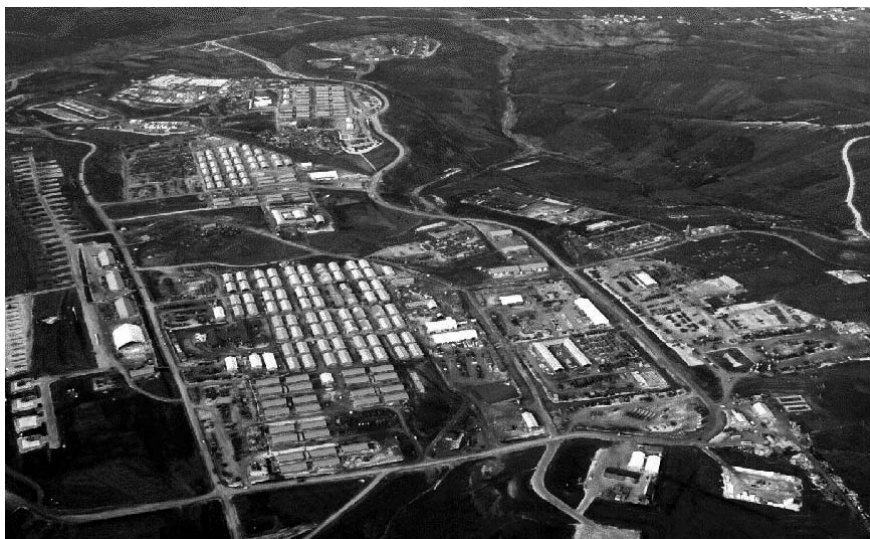
Wir bitten Sie als Mitglied des Deutschen Bundestags gegen eine deutsche militärische Beteiligung in Mazedonien und für eine Einbeziehung der UNO in die Konfliktvermittlung zu stimmen und mit diesem Ziel deutsche Außenpolitik in die Pflicht zu nehmen.

Freundliche Grüße

Ärzte für die Verhütung des Atomkrieges – Ärzte in Sozialer Verantwortung (IPPNW-deutsche Sektion), Bonn; AG gegen out-of-area im Netzwerk Friedenskooperative, Bonn; Aktionsgemeinschaft Dienst für den Frieden (AGDF) e.V., Bonn; Bremer Friedensforum; Bundesjugendwerk der AWO, Bonn; Bundesausschuss Friedensratschlag, Kassel; Bund für Soziale Verteidigung, Minden; BUKO-Kampagne gegen Rüstungsexporte, Bremen; Deutsche Friedensgesellschaft – Vereinigte KriegsdienstgegnerInnen (DFG-VK), Freiburg; Deutscher Friedensrat e.V., Berlin; Frauennetzwerk für Frieden, Bonn; Friedensbildungswerk Köln; Friedensbündnis Karlsruhe; Friedensinitiative Essen-Borbeck; Friedensinitiative Nottuln; Friedensnetz Baden-Württemberg; Friedensplenum Mannheim; Göttinger Friedensbündnis; Hagner Friedenszeichen; Heidelberger Forum gegen Militarismus und Krieg; Informationsstelle Wissenschaft und Frieden (IWIF) e.V., Bonn;

Internationale der Kriegsdienstgegner/innen (IDK), Berlin; Kampagne gegen Wehrpflicht, Zwangsdienste und Militär, Berlin; Komitee für Grundrechte und Demokratie, Köln; Kurve Wustrow – Bildungs- und Begegnungsstätte für gewaltfreie Aktion e.V.; Münchner Bürgerinitiative für Frieden und Abrüstung (BIFA); Münchner Friedensbündnis; Ohne Rüstung Leben (ORL), Stuttgart; Ostermarschbüro Frankfurt; Remscheider Friedensinitiative; Service Civil International – Deutscher Zweig e.V., Bonn; Truderinger Frauen für Frieden und Abrüstung;

f.d.R.: Manfred Stenner



Camp Bondsteel bei Pristina in der Entstehungsphase 1999

„Arbeitsmaschinen aus Fleisch und Blut gefragt!“

Wir dokumentieren – aus Platzgründen leider stark gekürzt – Auszüge aus zwei Stellungnahmen zum Referentenentwurf „für ein Gesetz zur Steuerung und Begrenzung der Zuwanderung“, zunächst vom Bundesausländerbeirat (23.8.), sodann vom Paritätischen Wohlfahrtsverband (23.8.).

Ausländergesetz bleibt!

(...) Drei Merkmale hat dieser Referentenentwurf:

1. Abwehrgeist und Inhalte des heute noch geltenden Ausländergesetzes werden übernommen.

2. Die betroffenen Migranten werden von dem Entwurf wie ein Stück Vieh betrachtet.

3. Möglichst die Linie der Unionsparteien einschlagen, damit diese nichts zu sagen haben: Wahltaktik!

Einige Kritikpunkte:

Die Süßmuth-Kommission (unabhängige Zuwanderungskommission) hat zu Recht festgestellt, dass mit dem heute geltenden Ausländergesetz keine vernünftige Integration geleistet werden kann.

Keine Spur von diesem vernünftigen Vorschlag ist im Entwurf zu finden. Lediglich Verpackungsänderungen für das Ausländergesetz sind zu finden, wie die Namensänderung für das Gesetz selbst und für die Aufenthaltstitel. Der Name „Ausländergesetz“ wird zum „Aufenthaltsgesetz“ umgetauft und angeblich werden die Aufenthaltstitel auf zwei reduziert. Es wird nur befristete Aufenthaltserlaubnis für verschiedene Zwecke erteilt und diese Aufenthaltserlaubnis wird mit verschiedenen Beschränkungen versehen. Rückkehr zur Situation vor dem Jahr 1991!

Auch die anderen guten Vorschläge der Süßmuth-Kommission finden keine Beachtung: Die Süßmuth-Kommission hat vorgeschlagen, dass die Migranten, die bis zum Anwerbestopp im Jahr 1973 nach Deutschland gekommen sind, und ihre Ehepartner generell die Möglichkeit der Mehrstaatigkeit haben sollen. Außerdem soll diese Gruppe von den Anforderungen des Nachweises deutscher Sprachkenntnisse befreit werden.

Der Referentenentwurf des Aufenthaltsgesetzes unter Abschnitt „Artikel 5; Änderungen des Staatsangehörigkeitsgesetzes“ hat diese guten Vorschläge der Zuwanderungskommission gar nicht berücksichtigt.

Der Innenminister schlägt sogar eine andere Richtung ein: Zur zukünftigen Erteilung der unbefristeten Aufenthaltserlaubnis erschwert er die Voraussetzungen und verlangt fast die gleichen Voraussetzungen, die heute schon für eine Einbür-

gerung erforderlich sind (inkl. der qualifizierten deutschen Sprachkenntnisse).

§ 7 des Entwurfes sollte eine allgemeine Härtefallregelung enthalten. Jedoch fehlt dies, weil der Entwurf den moralischen Anspruch, „human zu sein“, nicht stellt. Dies wird durch § 41 Abs. 2 deutlich: „Ein ... für eine längere Zeit als ein Jahr erteilter Aufenthaltstitel zur Ausübung einer Beschäftigung kann ... aus Gründen der Arbeitsmarktlage ... widerrufen werden.“ Unsere belächelte Befürchtung ist jetzt ein Gesetzesentwurf geworden: „Arbeitsmaschinen aus Fleisch und Blut gefragt!“ Sobald die Arbeitsmarktlage sich ändert, sollten die Migranten wieder als unerwünschte Eindringlinge betrachtet und behandelt werden. Diese Mentalität ist weder sozial noch demokratisch.

Für nachziehende Ehegatten der Ausländer wird es auch zukünftig erstmals ein Arbeitsverbot geben (die Situation ist anders bei Ehegatten von Deutschen). Die Ehegatten der „Arbeitsmaschinen“ sind eigentlich nicht erwünscht. Deshalb muss man Abschreckungsmaßnahmen in dem zukünftigen „Ausländergesetz“ einbauen. (...)

Die Süßmuth-Kommission hatte für die Migrantenkinder, die in Deutschland geboren oder aufgewachsen sind, einen absoluten Abschiebeverbot vorgeschlagen. Nach dem Entwurf können immer noch die Minderjährigen in die Herkunftsländer ihrer Eltern abgeschoben werden. Wollte Herr Schliß den Ministerpräsidenten von Bayern begeistern?

Ausländische Studierende müssen sich auch warm anziehen. § 16 Abs. 1 S. 3 des Entwurfes: „Die Geltungsdauer bei der Erteilung der Aufenthaltserlaubnis soll (...) beim Studium die Regelstudienzeit nicht überschreiten“. Heute noch wird in begründeten Fällen eine Abweichung von der Regelstudienzeit zugelassen. Warum sollte dies in der Zukunft nicht möglich sein?

Memet Kiliç, Vorsitzender des Bundesausländerbeirates

Modern, lexibel und unsocial

(...) Mit der Schaffung neuer Zuwanderungs- und Integrationsmöglichkeiten bricht der Gesetzesentwurf mit der Lebenslüge der Bonner Republik, nach der Deutschland kein Einwanderungsland sei. Der Gesetzesentwurf bricht leider nicht mit der bundesdeutschen Tradition, dass ausländische Flüchtlinge und Asylbewerber vorrangig als Bedrohung angesehen werden, die man möglichst rasch außer Landes schafft. In der Flüchtlingspolitik ist der Gesetzesentwurf eine vertane Chance.

(...) Das neue Zuwanderungsgesetz verstößt ... gegen elementare Grundsätze der christlichen Ethik, der Menschenrechte und auch der praktischen Vernunft.

Indem er neue Integrationsbarrieren aufstellt, Zuwanderung nach dem Rotationsmodell ermöglicht, den Familien nachzug einschränkt, die soziale Ausgrenzung teilweise verschärft und seit

langem eingeforderte humanitäre Verpflichtungen nicht aufgreift, wird eine wichtige Chance vergeben.

(...)

Illegalität wird befördert

Auf den ersten Blick enthält der Gesetzesentwurf Verbesserungen für diejenigen, die bisher lediglich „geduldet“ waren, indem er ihnen die Option auf eine Aufenthaltserlaubnis einräumt. Dieser Schein trägt jedoch, weil viele der Betroffenen die Voraussetzungen dafür nur schwer erfüllen können: Künftig soll die Aufenthaltserlaubnis nämlich nicht erteilt werden, wenn die Ausreise in einen anderen Staat möglich und zumutbar ist. Wie aber wird dies festgestellt? Unter welchen Bedingungen eine Ausreise nicht möglich oder nicht zumutbar ist, definiert der Gesetzesentwurf nicht – schlimmer noch: Der Betroffene selbst hat nachzuweisen, dass die Ausreise nicht möglich oder nicht zumutbar ist.

Es handelt sich hier um Personen, bei denen rechtliche – d.h. vor allem aus der europäischen Menschenrechtskonvention abgeleitete – oder tatsächliche Abschiebehindernisse festgestellt wurden. Hierunter fallen auch all diejenigen, denen die Anerkennung als Flüchtlinge versagt wurde, weil sie Opfer nichtstaatlicher oder geschlechtsspezifischer Verfolgungsmaßnahmen waren.

Viele Schutzbedürftige wird die Neuregelung voraussichtlich in die Illegalität treiben, da sie die Voraussetzungen für die Erteilung einer Aufenthaltserlaubnis nicht erfüllen können. Ob dies mit dem Völkerrecht vereinbar ist, muss bezweifelt werden: Wenn der deutsche Staat Abschiebehindernisse ins Heimatland feststellt und dennoch nicht die Konsequenzen in Gestalt eines gesicherten Aufenthaltes trägt, zeugt das von bemerkenswerter Inhumanität.

(...)

Soziale Ausgrenzung wird verschärft

Ein weiterer Knackpunkt des Entwurfes: Nunmehr sollen Asylbewerber und vollziehbar Ausreisepflichtige nicht einmal mehr nach drei Jahren Mittel der Sozialhilfe bekommen, sondern auch nach dieser Frist nur Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz. Diese liegen ca. 30% unter dem Sozialhilfesatz und werden vorwiegend als – gegenüber Geldleistungen teurere – Sachleistungen erbracht. Dieser Prozess der fortschreitenden sozialen Ausgrenzung von Flüchtlingen muss endlich gestoppt werden. Das AsylbLG war 1993 als Reaktion auf drastisch gestiegene Asylbewerberzahlen verabschiedet worden. Die seitdem deutlich gesunkenen Asylbewerberzahlen sowie die weitere absehbare Beschleunigung der Verfahren sollte nun Anlass sein für eine bedarfsgerechte, nicht diskriminierende Neuregelung der sozialen Leistungen für Schutzsuchende.

Barbara Stoltherfoht, Vorsitzende des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes

Die vollständigen Stellungnahmen werden auf Wunsch zugemalt. (Red.)

Keine Lösung der Wasserfrage ohne Frieden

„... wollen wir unsere Überzeugung ausdrücken, dass es für alle aktuellen Probleme – alle Bestandteile des Konflikts – eine Lösung gibt. Nicht durch Diktate, nicht vom Herr-im-Hause-Standpunkt aus, sondern in Verhandlungen zwischen Gleichen.“ (Gush Shalom zur Begründung ihres detaillierten Friedensplanes, vorgelegt am 10. August – veröffentlicht bei: www.uni-kassel/fb10/frieden)

Wasserknappheit ...

Eines der drängendsten Probleme im Nahen Osten – und untrennbar mit dem is-



In weniger trockenen Jahren ist dieses Wasserreservoir bis zum Rand gefüllt, jetzt ist es fast leer, das Wasser ist brackig.

raelisch-arabischen bzw. israelisch-palästinensischen Konflikt verbunden – ist das Wasserproblem. Israel, Jordanien und die palästinensischen Gebiete liegen in einem Trockengürtel. Die Region gehört zu den wasserärmsten Gebieten der Erde. Das wichtigste Wasservorkommen bildet der Jordan, ein komplexes Flusssystem, dessen vier Hauptzuflüsse in drei verschiedenen Ländern entspringen. Er führt wenig Wasser, etwa 60mal weniger als der Rhein und viel zu wenig, um den Wasserbedarf der Region zu decken. Die regelmäßig wiederkehrenden Trockenperioden verschärfen das Problem ebenso wie die Übernutzung der Ressourcen und führen wie schon 1999 auch in diesem Jahr wieder zu akutem Wassermangel. Für dieses Jahr wird das Trinkwasserdefizit z.B. Israels auf 475 Mio. m³ geschätzt, 20% höher, als man noch vor einem Jahr angenommen hatte. Sowohl Israel als auch Jordanien verbrauchen weit mehr als 100% ihrer erneuerbaren Wasserreserven.

... und eskalierender Wasserkonflikt

Seit ungefähr 80 Jahren und zunehmend mit der Bevölkerungs- und der wirtschaftlichen Entwicklung hat sich die

Wasserfrage zu einem ständigen Konfliktstoff entwickelt. Die Auseinandersetzung um das Jordanwasser kennzeichnet die Vorgeschichte des „Sechstageskrieges“ 1967. Der Konflikt eskalierte endgültig mit der israelischen Besetzung des bis dahin von Jordanien verwalteten Westjordanlandes (sowie des Gaza-Streifens) und der syrischen Golanhöhen. Mit einem Schlag kontrollierte Israel die drei großen Grundwasserspeicher im Westjordanland, bekam Zugang zum Yarmuk, dem größten Quellfluss des Jordan, und konnte die Entnahme von Wasser aus dem Tiberias-See steigern. Israel setzte die Kontrolle über praktisch die gesamte Wasserwirtschaft der Region und insbesondere über die Grundwasserspeicher des Westjordanlandes als Instrument zur Okkupation und kolonialen Aneignung ein.

Zunächst wurden alle Wasserressourcen in den besetzten Gebieten zu Staatseigentum erklärt, die Verfügungsgewalt der israelischen Militärverwaltung übertragen, der Bau jeglicher Wassereinrichtungen von Genehmigungen abhängig gemacht, die Tiefe der Brunnen begrenzt. Die

Gepflogenheiten, die sich in den wasserarmen arabischen Gebieten in Jahrhunderten herausgebildet hatten – etwa „das Recht, den Durst zu stillen“, und „das Recht zu bewässern“ –, wurden unterdrückt, bis dahin gültige Regelungen wie das Recht, im Falle ausgetrockneter Brunnen oder Quellen nach Wasser zu bohren, abgeschafft. Mit einem Netz von „Schutzzonen“, „Rationierungsgebieten“, „Entwässerungsdistrikten“, „Bodenschutzgebieten“ usw. wurde der palästinensischen Bevölkerung einseitig der Zugang zu Wasser erschwert.

Umgekehrt begann Israel zum einen, tiefe Brunnen zu bohren, um die israelischen Siedlungen in den besetzten Gebieten zu versorgen. Zum anderen wurden in wachsendem Maße Wasservorräte aus den Grundwasserspeichern des Westjordanlandes wie übrigens auch von den Golanhöhen nach Israel gepumpt. Folge: Der Großteil der Grundwasservorkommen des Westjordanlandes, ca. 80%, wird von Israel bzw. den israelischen Siedlern genutzt.

Die Folgen dieser kolonialen Wasserpolitik sind in mehrfacher Hinsicht weitreichend.

- Über die naturgegebene Wasserknapp-

heit hinaus wird für die palästinensische Bevölkerung das Wasser verknappt. Nicht einmal 20% der Grundwasservorräte des Westjordanlandes wird von den Palästinensern genutzt. Darunter leidet extrem die Landwirtschaft. Der Umfang der bewässerten Landwirtschaftsfläche ging zwischen 1970 und 1984 von 32.200 ha auf 10.130 ha zurück. Verschärfend kommt hinzu, dass palästinensisches Land, das mehr als zwei Jahre unbewässert bleibt, nach israelischem Besatzungsrecht enteignet und zu israelischem Staatseigentum erklärt werden kann.

- Inmitten der unter der Wassernot leidenden palästinensischen Dörfer blühen israelische Siedlungen mit ihren grünen Rasenflächen und Swimmingpools und einer provozierenden Wasserverschwendung: Der Pro-Kopf-Verbrauch der Siedler lag 1986 bei 90m³ – gegenüber 20m³ der palästinensischen Bevölkerung und 83m³ z.B. in Europa. Die Schere dürfte sich seither noch geöffnet haben, weil für Siedlungen weit mehr und tiefere Brunnen gebaut wurden als für die palästinensische Bevölkerung.

- Die Abhängigkeit Israels von den Grundwasserspeichern des Westjordanlandes ist immens. Die Schätzungen gehen etwas auseinander, doch dürfte Israel zwischen 30 und 40% seines Wasserverbrauchs aus dem Westjordanland beziehen. Der Großteil, d.h. mehr als die Hälfte, fließt in die israelische Landwirtschaft, genauer in die Bereiche, die für den Export produzieren. In einer wasserarmen Region benötigt man für die Produktion von 1 kg Tomaten 120 l Wasser, von 1 kg Orangen 450 l, für Avocados, Baumwolle, Melonen noch weitaus mehr. Die Wasserpreise sind extrem niedrig, durch sie wird die israelische Landwirtschaft vor allen Dingen subventioniert. Die landwirtschaftlichen Exporte Israels werden de facto mit dem Niedergang der für den eigenen Verbrauch produzierenden palästinensischen Landwirtschaft bezahlt.

- Israel stützt seine Wasserversorgung und die Art seines Wirtschaftens also weitgehend auf die Besetzung palästinensischen Territoriums. Die Unnachgiebigkeit in der Frage der Siedlungen und der Anspruch, bestimmte Gebiete um Jerusalem und an der sog. „Grünen Linie“ endgültig zu annektieren, wo sich die Grundwasserspeicher befinden, hängen direkt mit dem Anspruch auf einseitige Kontrolle der Wasserressourcen der Region zusammen.

- Umgekehrt aber ist die israelische Besetzung palästinensischer Gebiete und der Golan-Höhen ein Faktor der Wasserverschwendung und damit der sich verschärfenden Wasserkrise in der Region. Der Grundwasserspiegel im Westjordan-



Wie der palästinensische Schäfer berichtet, haben israelische Siedler seine Schafe getötet

land fällt. Das Wasser versalzt. Durch übermäßige Wasserentnahme aus dem Tiberias-See und Ableitung aus dem Yarmuk wurde der Jordan-Unterlauf regelrecht zur Kloake. Hinzu kommt, dass die Abwasser-Wirtschaft in den besetzten Gebieten absolut unzureichend ist und immer wieder dazu führt, dass die Kläranlagen der Siedler ins Grundwasser sickern.

Nur ein Weg zur Lösung der Wasserfrage

Schätzungen zufolge wird im Jahr 2040 das Gebiet von Israel, Jordanien und Palästina einen Bedarf von jährlich 6,5 Mrd. m³ aufweisen, die bislang genutzten Quellen jedoch nur ca. 3 Mrd. m³ liefern. Selbst wenn Israel den einseitigen Zugriff auf die Wasserreserven beibehält und noch größere Ungleichheit des Wasserverbrauchs ins Auge fasst, wird es sein Wasserproblem nicht lösen können, ganz abgesehen davon, dass eine solche Politik unvermeidlich zu Aufstand und Krieg führt. Ein Grund für die sog. 2. Intifada ist eben auch, dass der „Oslo-Prozess“ neben den anderen Fragen auch die Wasserfrage nicht gelöst hat, sondern die krasse Benachteiligung der Palästinenser festschreiben wollte. Mit Formulierungen wie „Wasserrechte beider Seiten“ und „gemeinsame Ressourcen“ hat zwar die palästinensische Seite Ansprüche Israels auf palästinensische Ressourcen anerkannt. Umgekehrt hat Israel wohl prinzipiell anerkannt, dass die Palästinenser Rechte auf Wasser haben, konkrete Vereinbarungen, die den unabhängigen Zugang

der palästinensischen Gebiete zu den Wasservorräten sichern, jedoch gerade nicht getroffen.

Seit einiger Zeit sucht Israel den Ausweg aus dem Wasserproblem durch ein Bündnis mit der Türkei. Im letzten Oktober wurde vereinbart, dass jährlich 200.00 Mio. m³ Wasser aus dem türkischen Manavgat nach Israel transportiert werden. Das Wasser stammt hauptsächlich aus

den zwei zentralen Wasseradern Euphrat und Tigris. Damit wird der langanhaltende und bisher nicht gelöste Wasserkonflikt der Region auf eine neue Stufe gehoben. Denn die Türkei ist nicht bereit, mit den Anrainerstaaten des Euphrat und Tigris über eine gerechte Wasserverteilung zu verhandeln, sondern sucht mit der Kontrolle über das Wasser die Kontrolle über seine Nachbarn. Der Konflikt droht also weiter zu eskalieren und den ganzen Mittleren Osten zu erfassen.

Israel, Jordanien, Syrien, die palästinensischen Gebiete und bis zu einem gewissen Grad Libanon sind von Wasservorkommen abhängig, die jeweils außerhalb des eigenen Territoriums liegen. Deshalb ist letztlich eine Lösung des Wasserproblems im Nahen Osten nur durch Kooperation, also demokratisch, zu erreichen, nicht hegemonial.

Quellen: Klaus Polkehn, Das Wasser und die Palästinafrage, Marxistische Blätter 4/2001, Sonderheft; Dr. Rüdiger Robert, Die Wasserfrage im israelisch-arabischen Konflikt; Stephan Libiszewski, Der Nahostkonflikt ist auch ein Konflikt um das Wasser; Hans Branscheidt, Explosivstoff Wasser, Nahost braucht eine gerechtere Verteilung des Wassers



Türkischer Stausee am Euphrat/Tigris – ein großwahnsinniges Projekt auf Kosten der Kurden und der Nachbarländer

Entführung Abdullah Öcalans

„Spätes Geständnis“

Die Tatsache, dass hinter der Auslieferung des PKK-Vorsitzenden Abdullah Öcalan die USA gestanden haben, ist durch einen amerikanischen Staatsvertreter zugegeben worden.

Antony Blinken, der zur Amtszeit Bill Clintons als persönlicher Berater des Präsidenten tätig war, hat im Rahmen des Fernsehprogramms „Manset“ bei CNN Türk, das von Mehmet Ali Birand moderiert wird, erklärt, die USA hätten die Gefangennahme Abdullah Öcalans gesichert, um die „Freundschaft der Türkei zu gewinnen“. Aufgrund der geostrategischen Lage der Türkei sei es nicht im Interesse der USA gewesen, dieses Land zu „verlieren“, so Blinken. Bill Clinton habe die Türkei für sehr wichtig erachtet und deshalb der Führung in Ankara jede Art von Unterstützung, einschließlich des „Kampfes gegen den Terrorismus“ zukommen lassen.

Zur Auslieferung des PKK-Vorsitzenden an türkische Einheiten in Kenia erklärte Blinken, die USA hätten Öcalans Bewegungsspielraum von Anfang an eingegrenzt. Bill Clinton sei über jeden Schritt informiert gewesen. Bei der Auslieferung habe es ein Abkommen mit der Türkei gegeben, das zwei Bedingungen enthalten habe. Bei der ersten Bedingung habe es sich laut Blinken um die gerechte und demokratische Verurteilung Öcalans gehandelt. Auch wenn diese Bedingung nicht vollständig erfüllt worden sei, habe es von den USA keinen Einspruch gegeben. Die zweite Bedingung sei die Lösung der kurdischen Frage gewesen, so Blinken.

Weiter erklärte Blinken, die PKK habe ihre Strategie geändert und damit die Kampfhandlungen eingestellt. Die Türkei jedoch habe die notwendigen Schritte nicht eingeleitet. Was eine Veränderung betrifft, sei die Angelegenheit für die Türkei erleichtert worden. Dafür sei ein politischer Wille notwendig. Ohne die Lösung der kurdischen Frage könne kein Fortschritt in der Türkei stattfinden, betonte Blinken weiterhin. Die Aufrechterhaltung des Ausnahmezustandes sei unnötig, dafür müsse das Recht auf kurdische Medien und muttersprachlichen Unterricht anerkannt werden. In der Region bestehe keine Sicherheit auf Leben. Auch die Ausdrucksfreiheit müsse unbedingt gesichert werden, so der ehemalige Clinton-Berater. (Quelle: Özgür Politika, 7.7.01, Übersetzung: IsKu)



Zunehmende Beunruhigung der Parteiführung über soziale Lage

Anfang Juni wurde eine Studie über soziale Unruhen in China publik, die von einer Forschungsgruppe der Organisationsabteilung des Zentralkomitees der KPCh erstellt worden war. Die über 300 Seiten lange Publikation mit dem Titel „Untersuchungsbericht China 2000-2001: Studien zu Widersprüchen im Volk unter neuen Bedingungen“, fasst die Ergebnisse von Erhebungen in elf chinesischen Provinzen zusammen.

Die Studie zeichnet ein alarmierendes Bild der gesellschaftlichen Situation in China. Angesichts wachsender sozioökonomischer Unterschiede, insbesondere angesichts des steigenden Einkommensgefälles zwischen Stadt und Land, zwischen fortschrittlichen Küstengebiet und rückständigen Binnenregionen sowie zwischen verschiedenen gesellschaftlichen Gruppen, breiteten sich soziale Unruhen und Konflikte aus. Auch die grassierende Korruption gebe Anlass für wachsenden Unmut. Besonders stark betroffen seien entlassene Arbeitskräfte aus Staatsbetrieben, die zum Teil über lange Zeit ohne reguläres Einkommen auskommen müssten, sowie Bauern, die unter einer steigenden Last willkürlicher Abgaben und Gebühren zu leiden hätten. Neben diesen beiden Gruppen beteiligten sich inzwischen aber auch beschäftigte Arbeitskräfte, Unternehmer, freigesetzte Armeeangehörige und sogar Funktionäre, Lehrer und Studenten an Protestaktionen jeder Art.

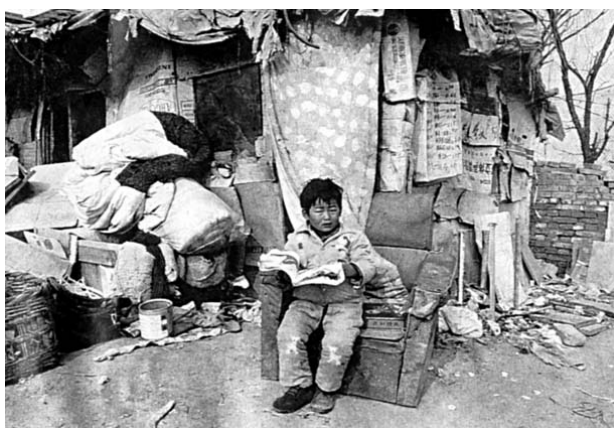
Proteste von mehreren tausend oder sogar über zehntausend Personen seien keine Seltenheit mehr. Auch habe die Konfrontationsbereitschaft der Protestierenden zugenommen; typische Protestformen seien die Sperrung von Brücken und Straßen, die Besetzung von Partei- und Regierungsbehörden, die persönliche Bedrohung von Angehörigen lokaler Parteikomitees und Verwaltungsorgane bis hin zur Anwendung von körperlicher Gewalt gegen Funktionäre und Sicherheitskräfte.

Hintergrund für die Studie dürfte die Befürchtungen angesichts des bevorstehenden Beitritts Chinas zur Welthandelsorganisation sein, mit der sicheren Folge eines erhöhten Wettbewerbsdruck auf die chinesische Wirtschaft und damit der Verschärfung der sozialen Lage.

Entsprechend empfiehlt die Studie

zum Abbau des sozialen Protestpotenzials neben einer Stärkung der „sozialistischen Demokratie“, in der die Bevölkerung ihre Interessen besser geltend machen kann, vor allem eine Verringerung des bestehenden Einkommensgefälles durch geeignete Wirtschafts- und steuerpolitische Maßnahmen sowie die Errichtung eines Systems sozialer Sicherung für städtische Arbeitskräfte.

Bei der Umsetzung solcher Maßnahmen kommt die Regierung aber in erhebliche Schwierigkeiten, wie selbst Ministerpräsident Zhu Rongji wenige Tage nach Erscheinen der Studie in einer Rede vor Studenten der Qinghua-Universität in Beijing deutlich machte. Es fehle der Zentralregierung an ausreichenden Finanzmitteln, um geplante Maßnahmen zur Lösung der drängendsten sozialen Probleme umzusetzen. Zwar seien die Steuereinnahmen der Zentrale im Vergleich zu den Vorjahren leicht angestiegen, auch könne das angestrebte Wirt-



Armutsviertel in Beijing

schaftswachstum von über 7% in diesem Jahr erreicht werden. Jedoch seien die Auswirkungen der schleppenden konjunkturellen Entwicklung in den USA und in Europa inzwischen auch in China zu spüren. Im Hintergrund der Ausführungen Zhu Rongjis sind auch Bedenken zu vermuten, dass sich die gegenwärtig betriebene aktive Steuerpolitik der Zentralregierung zur Stärkung der Binnenfrage nicht beliebig lange fortsetzen lassen dürfte, da sonst eine neue Inflationswelle drohen könnte.

Mit der angespannten wirtschaftlichen Situation begründete der Ministerpräsident, dass einige im Rahmen des Zehnten Fünfjahresplans vorgesehene Reformmaßnahmen „ein wenig verlangsamt“ werden müssten. Dies betreffe zum ersten Pläne zur Reduktion der Abgaben und Gebührenlast bäuerlicher Haushalte, die in einigen ländlichen Regionen an die Grenzen ihrer finanziellen Belastbarkeit gestoßen sind. Um eine weitere Verelendung der bäuerlichen Bevölkerung zu verhindern, war im Frühjahr dieses Jahres eine Politik der „Steuern statt Gebühren“ formuliert worden, durch die die Belastung der Bauern auf ein reguläres und staatlich kontrolliertes Maß be-

schränkt werden sollte. Aufgrund der miserablen Haushaltssituation vieler ländlicher Kommunen steht nun aber zu befürchten, dass bei einer konsequenten Rückführung der bäuerlichen Abgaben an die Kommunen die ohnehin knappen Investitionsmittel für öffentliche Aufgaben wie den Ausbau der Infrastruktur und insbesondere des Bildungssystems vollständig versiegen könnten. Eine schnelle Umsetzung der Reform „Steuern statt Gebühren“ sei deshalb nicht zu verwirklichen, vielmehr müsste den Kommunen gerade im Bildungsbereich die Erhebung verschiedener administrativer Gebühren vorläufig zugestanden bleiben.

Verlangsamt werden müsse zum zweiten die Reform des sozialen Sicherungssystems. Zuletzt war vorgesehen worden, – ausgehend von erfolgreichen Experimenten mit der Einrichtung eines einheitlichen betriebsübergreifenden Sozialversicherungssystems in der nordostchinesischen Provinz Liaoning – nun in jeder Provinz mehrere Städte für die Durchführung ähnlicher Experimente auszuwählen. Nach den Ausführungen Zhu Rongjis aber muss angesichts der mangelnden Finanzmittel die Zahl der ausgewählten Pionierstädte auf eine Stadt je Provinz beschränkt werden. Die Verlangsamung der Reform in diesem Bereich dürfte sich auch auf das Tempo der Reform der Staatsbetriebe auswirken, da größere Fluktuationen in der Beschäftigung ohne eine funktionierende soziale Sicherung kaum durchsetzbar sein werden.

Nun kommt der WTO-Beitritt hinzu. Die soziale Lage wird sich verschlechtern, und die Lage für die Funktionäre in Provinz und Zentralstaat wird sicher ungemütlich werden. Deshalb werden jetzt schon mal die linken Kritiker in den Medien mundtot gemacht. Auf Anordnung der Kommunistischen Partei wurde dieser Tage die monatlich erscheinende marxistische Theoriezeitschrift „Zhenli de Zhuiqu“ (Suche nach der Wahrheit) geschlossen. Wie Mitarbeiter der seit elf Jahren erscheinenden Zeitschrift berichteten, sollen die zehn Angestellten pensioniert werden oder andere Stellen erhalten. Der Sponsor der Zeitschrift, die Chinesische Akademie der Sozialwissenschaften, sei unter starken Druck der KP geraten und der Leiter der Akademie, Li Tieying, sei von Präsident Jiang heftig gescholten worden. In einem Anfang des Monats zirkulierenden internen Papier hieß es, die Akademie werde sämtliche Kontakte mit der Zeitschrift, die sich Fragen des Marxismus, des Leninismus und des Gedankengutes von Mao Zedong widmete, kappen. Zu wichtigen Umgruppierungen kam es auch bei der „Volkszeitung“, dem wichtigsten Parteiblatt. Mit etlichen Umbesetzungen versuchte Jiang offensichtlich, seine Position im Vorfeld des 16. Parteikongresses im nächsten Jahr zu stärken.

hav
(Quellen: China aktuell, NZZ)



Festung Europa: Unzählige Tote an den Grenzen

Die Festung Europa hat erneut neun Afrikanern das Leben gekostet (Bild oben). Sie ertranken, von verbrecherischen Schleusern zwischen Fuerteventura und Lanzarote aus dem Frachter geworfen; acht Überlebende wurden von spanischer Polizei festgenommen. Wenige Tage vorher waren nahe Almeria die Leichen von vier Flüchtlingen an Land gespült worden; elf Überlebende wurden festgenommen, ebenso wie mehrere hundert Flüchtlinge wenige Tage zuvor (Bild unten) und wie weit über 7000 andere allein in diesem Jahr, die das spanische Festland erreichen konnten. Wie viele Flüchtlinge bei dem Versuch, von Afrika nach Spanien zu gelangen, im Mittelmeer oder im Atlantik ertrinken, ist nicht bekannt: Die Zahl ist jedoch, so berichten immer wieder Flüchtlingsorganisationen, ungeheuer hoch. Die EU versucht, die Festungsmauern nach Süden zu verschieben und die schmutzige Arbeit vor allem von Marokko erledigen zu lassen. Spanien beschuldigte prompt Marokko, die entsprechenden Abkommen zur Abwehr von Flüchtlingen nicht einzuhalten und die Flüchtlinge mit seiner „Passivität“ in Gefahr zu bringen. Marokko wies die Kritik zurück und verwies darauf, dass seit dem 1.1.2000 mehr als 15.000 Schwarzafrikaner und Asiaten aus Marokko ausgewiesen und über 20.000 Marokkaner, die illegal nach Europa wollten, festgenommen worden seien. Einer der Gründe, aus denen gerade Marokkaner versuchen, nach Europa auszuwandern, liegt darin, dass die spanische Fischereiflotte die Gewässer vor der marokkanischen Küste leer fischt und unzählige marokkanische Fischer um ihre Existenz bringt.

Straßburg verurteilt Türkei wegen DEP-Prozess

Der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte in Straßburg hat die Türkei wegen schwerer juristischer Fehler im Prozess gegen die immer noch inhaftier-

ten vier kurdischen Abgeordneten der Demokratiepartei (DEP) Leyla Zana, Hatip Dicle, Orhan Dogan und Selim Sadak zu Wiedergutmachungen von rund 250.000 DM verurteilt. Der türkische Staat muss an jeden der vier Kläger 25.000 Dollar sowie zusätzlich 10.000 Dollar für Anwaltskosten zahlen. Die Türkei habe, so die einstimmige Auffassung der Richter, den Artikel 6 der Menschenrechtskonvention (Recht auf gerichtliches Gehör und Rechte der Angeklagten) verstoßen, die Angeklagten nicht unverzüglich über die gegen sie erhobenen Vorwürfe informiert und ihnen nicht genug Zeit für Vorbereitung ihrer Verteidigung eingeräumt. Außerdem sei durch die Anwesenheit eines Militärrichters die „Unabhängigkeit“ des Gerichts nicht gewährleistet gewesen. Anfang März 1994 waren die Abgeordneten im türkischen Parlament verhaftet worden und im Dezember vom Staatssicherheitsgericht Ankara zu 15 Jahren Gefängnis trotz weltweiter Proteste verurteilt worden. *rub*

Griechenland: Protest gegen Nato-Einsatz, Beilegung der Konflikte

Die Entsendung von über 300 Soldaten nach Mazedonien ist in Griechenland heftig umstritten. Die Kommunistische Partei rief unter der Losung „Keine griechischen Soldaten außerhalb der Grenzen!“ (Bild) zu einer Protestkundgebung nahe einem Truppenstandort in Polikastro auf. Der Vorsitzende des Linksblocks, Konstantopoulos, erklärte anlässlich eines Gesprächs mit der mazedonischen Außenministerin Mitreva, die Nato sei hauptverantwortlich für das Chaos auf dem Balkan. Erst bewaffne sie die UCK in Kosovo, dann lasse sie die UCK nach Mazedonien einsickern, um sich dort dann selbst als Waffeneinsammlerin feiern zu lassen.

Der Besuch Mitrevas in Griechenland stand ansonsten im Zeichen der Entschärfung der bisherigen Konflikte. Die Differenz über die Staatsbezeichnung Mazedoniens, die das Verhältnis der beiden Staaten seit der Unabhängigkeit Mazedoniens stark belastet hatte, soll möglichst bei den nächsten Gesprächen im Herbst beigelegt werden. Der griechische Außenminister Papandreou setzte sich nach den Gesprächen „klar und scharf“

für die territoriale Integrität Mazedoniens ein. Auf dem Balkan gebe es keinen Raum für Grenzveränderungen. Dieser alte Grundsatz der griechischen Südosteuropapolitik hat mit den neuesten albanischen Gebietsansprüchen im westgriechischen Epirus neue Aktualität erhalten.

Ethnisierung des Wahlrechts in Bosnien-Herzegowina

Das Parlament in Sarajewo hat am 23.8. ein neues Wahlgesetz angenommen, das vorsieht, dass Wahlberechtigte nur für Angehörige ihrer eigenen Volksgruppe stimmen können. Die Kritiker des Gesetzes konnten lediglich durchsetzen, dass Bürger, die Häuser illegal besetzt halten, nur an dem Ort wählen können, an dem wie vor dem Krieg gewohnt haben.

Estland: Mehrheit gegen EU-Mitgliedschaft

Wie in anderen Beitrittsländern sinkt auch in Estland die Zustimmung zum Beitritt zur EU. Laut Meinungsumfragen liegt sie bei gerade noch 46%, über 50% sind dagegen. Einer der Hauptgründe für den Meinungsumschwung ist die beabsichtigte Einschränkung der Freizügigkeit für Arbeitnehmer auf sieben Jahre.

Litauen: Teurer EU-Beitritt

Eine der Bedingungen für den EU-Beitritt Litauens ist die Schließung des Atomkraftwerks Ignalina. Litauen scheint zwar bereit, die Bedingung zu akzeptieren: Der erste Block soll 2005, der zweite schon 2002 geschlossen werden. Die daraus entstehenden Probleme sind allerdings immens: Zusammen mit dem Bau des Kraftwerks in den frühen 80er-Jahren war eine völlig neue Stadt aus dem Boden gestampft worden, die heute rund 35.000 Einwohner zählt, von denen die meisten direkt oder indirekt vom Kraftwerk, dem einzigen Industriebetrieb der Region, abhängig sind. Zweitens werden die Schließungskosten ca. 2 Mrd. \$ betragen, von denen eine internationale Geberkonferenz bisher knapp 200 Mio. übernehmen will. Wie Litauen den Rest aufbringen soll, ist völlig unklar. Drittens ist das Land zu 70 bis 80% von diesem AKW abhängig. Überdies ist der Strom aus dem ölbefeuerten thermischen Kraftwerk Elektrenai mehr als doppelt so teuer. Viertens wird die Schließung des AKW Ignalina den Weg für die Privatisierung des Strommarktes und damit für die Expansion von EU-Stromkonzernen freimachen. Bisher ist das litauische Stromnetz allerdings noch nicht an das EU-Stromnetz angeschlossen. Die Kosten werden auf ca. 400 Mio. \$ geschätzt. Die soll natürlich Litauen tragen.

Zusammenstellung: scc



HAMBURG. Auf der ganzen Welt fanden am 17. August Solidaritätsaktionen für Mumia Abu-Jamal statt. Das Bild wurde in Hamburg aufgenommen. Hier führten „Schüler Aktiv für Mumia – HH“ Kundgebungen vor dem US-Konsulat und eine Demonstration durch. In einer Erklärung der PDS-Bundestagsfraktion heißt es: „Der Kampf um die Freiheit für Mumia Abu-Jamal ist, bei allen Schwierigkeiten und zeitweiligen Rückschlägen, vor allem ein Mut machendes Beispiel für eine sich globalisierende Menschenrechtspolitik von unten! Es ist auch ein Erfolg der internat. Solidaritätsbewegung, dass sich das Berufungsgericht von Philadelphia unter Richterin Pamela Dembe heute in einem „status hearing“ mit den neuen entlastenden Beweismitteln befasst, die seit Anfang Mai dem Gericht vorliegen. Skandalös ist es jedoch, dass auch heute Mumia wiederum nicht die Gelegenheit bekommen soll selbst vor Gericht zu erscheinen, um für seine Freiheit zu kämpfen.“ Bis zum 21. September 2001 müssen nun beide Seiten Stellung nehmen.



Bundesweite Aktionen gegen einen Bundeswehreinsatz in Mazedonien

KASSEL. Vor und während der Bundestagsondersitzung fanden bundesweit Protestveranstaltungen, Demonstrationen und Kundgebungen statt. Der Bundesregierung und der CDU/CSU-Opposition wird vorgeworfen, den Mazedonien-Einsatz auch als Beleg für die Notwendigkeit zu verwenden, die Bundeswehr zügig in eine Interventions- und Angriffsarmee zu verwandeln. „Wer sich militärische Interventionsoptionen verschafft, verzichtet letzten Endes auf zivile Konfliktprävention und leistet einer Militarisierung der Außenpolitik Vorschub“, erklärte der Sprecher des Friedensratschlags. Deshalb habe die Friedensbewegung eine Kampagne gestartet, die für eine Auflösung der so genannten „Einsatzkräfte“ eintritt („Einsatzkräfte“ heißen die Truppenteile, die künftig nicht mehr der Landesverteidigung, sondern ausschließlich den Auslandseinsätzen dienen). Die Friedensbewegung verbindet ihre Proteste mit einer Unterschriftensammlung unter den Appell „Kriege verhindern – Einsatzkräfte auflösen“. www.uni-kassel.de/fb10/frieden

Demonstration am 8. Sept. nach Todesschuss auf eine Senegalesin

ASCHAFFENBURG. Ca. 250 bis 300 Menschen nahmen am 22. Juli in Aschaffenburg an einem Trauer- und Demonstrationzug teil. Hintergrund war die Erschießung von Ndeye Mareame Sarr aus dem Senegal am 14. Juli 2001 durch die Polizei. Die Demonstrierenden forderten eine umfassende Aufklärung zum Tod der Senegalesin, die Übernahme der politischen Verantwortung für den Todesfall durch das bayerische Innenministerium sowie eine umfassende Aufarbeitung rassistischen Gedankenguts bei allen staatlichen Strukturen und in der deutschen Gesellschaft ganz allgemein. Inzwischen hat die Staatsanwaltschaft Aschaffenburg in einer Stellungnahme veröffent-

licht, dass sie von einer Nothilfesituation ausgeht und deshalb die Ermittlungen gegen den betreffenden Polizeibeamten einstellt. Die Organisationen Black Students BSO, SOS Struggles of Students, African Refugees Ass. – ARA, Initiative Schwarze Deutsche ISD-Bund, ADE-FRA, SOKONI, Senegal. Community in Deutschland, wollen dagegen vorgehen und rufen zu einer Demonstration am 8. Sept. ab 12 Uhr Bahnhof Aschaffenburg auf. *Kontakt 0170-8643556 (Sipua)*

Gegen Polizeibrutalität – Global Action Day am 20. August 2001

KÖLN. In über 20 Städten in der BRD und weltweit wurde am 20. August gegen Polizeibrutalität demonstriert, aus Anlass des Mordes an Carlo Giuliani am 20. Juli in Genua und um weltweit Druck zur Freilassung der Gefangenen aufzubauen. In Gelsenkirchen besetzten Globalisierungskritiker das Wahlkreisbüro des Außenamts-Staatsministers Ludger Volmer (Grüne) und forderten ihn auf, sich persönlich für die Freilassung der noch in Italien inhaftierten deutschen Demonstranten einzusetzen. In Köln besetzten 20 Protestierende gegen Mittag das SPD-

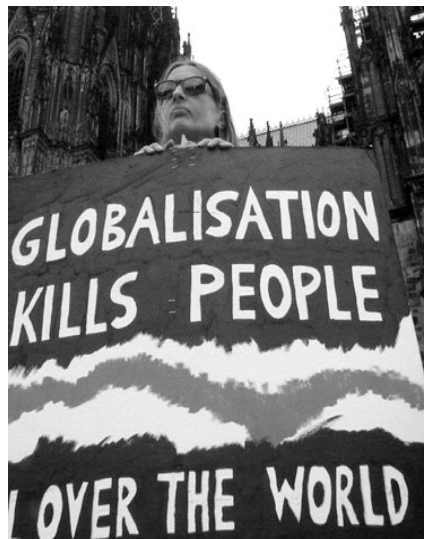
Bezirksbüro Mittelrhein und hielten eine Pressekonferenz ab, auf der sie die Freilassung der Inhaftierten forderten. 170 Einzelpersonen, Initiativen und Gruppen aus Europa, den USA und Mexiko fordern: • sofortige Freilassung der weiterhin inhaftierten Personen • Löschung aller Daten, einschließlich der Fingerabdrücke und Fotos aller Festgenommenen • eine Untersuchung der Polizeigewalt durch eine unabhängige internationale Kommission. Spenden für Anwaltskosten und Betreuung vor Ort werden gesammelt: Konto: Ruff e.V., Kto-Nr. 1813040318, BLZ 100 500 00, Berliner Sparkasse, Stichwort: Genua 2001.

ai, lbk, Bild: Arbeiterfotografie, www.arbeiterfotografie.com

Acht Jahre nach Fulda wieder ein Gedenkmarsch für Rudolf Heß

WUNSIEDEL. In Wunsiedel, wo der Hitler-Stellvertreter Heß begraben ist, sprachen am 18. August Jürgen Rieger, einschlägig bekannter Anwalt aus Hamburg, und der „freie Nationalist“ Thomas Wulff vor den 800 bis 900 Neonazis. Den Weg für den Neonazi-Aufmarsch hatte der Bayerische Verwaltungsgerichtshof frei gemacht, der tags zuvor ein Verbot des Wunsiedeler Landratsamtes aufhob. Beim NIT Hamburg war von einem „Überraschungserfolg“ die Rede – einem Erfolg mit Perspektive für die Szene. Das NIT: „Nun darf für die bekannteste Symbolfigur des Nationalsozialismus nach Adolf Hitler demonstriert werden.“ Genau dies hatten die örtlichen Behörden zehn Jahre lang verhindert. Dass die Münchner Richter das Verbot diesmal kippten, ließ Demo-Anmelder Jürgen Rieger jubeln – und auf bessere Zeiten für seine Kameraden hoffen: „Wir haben vor zehn Jahren gesagt, dass wir wieder nach Wunsiedel kommen. Wir sind wiedergekommen. Und wir werden wiederkommen.“ An einer Gegendemonstration des antifa-schistischen Aktionsbündnisses nahmen rund 150 Menschen teil.

Im brandenburgischen Wittsock mar-



schierten ebenfalls am Samstag 70 Neonazis auf. Auch diese zuvor verbotene Demonstration war schließlich – vom Verwaltungsgericht Potsdam – erlaubt worden. Anders hatten eine Woche zuvor die Richter des Verwaltungsgerichts Arnsberg, des Oberverwaltungsgerichts Münster und des Bundesverfassungsgerichts entschieden. Die Sauerländer Aktionsfront (SAF) wollte auf einem Soldatenfriedhof zu Ehren von Heß auflaufen. Das Verbot hatte am Ende wegen des erwarteten „neonazistischen Gepräges“ der Veranstaltung Erfolg. www.bnr.de

„Ist das nun endgültig das Ende des Aufstandes der Anständigen?“

BERLIN. Diese Frage wirft Ulrich Sander, Bundessprecher der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes – Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten – VVN-BdA – auf. Er ruft auf, das zu verhindern: „In Nordbayern dürfen erstmals seit 10 Jahren die Nazis zum Andenken an ihren Führer Rudolf Hess aufmarschieren und für den Nationalsozialismus werben. Das Bundesverfassungsgericht machte es mit seinen Urteilen möglich, in denen verfassungswidrige faschistische Propaganda zur „missliebigen Meinung“ verniedlicht wird. In Berlin schickt man sich unverhohlen an, die Bundeswehr erneut in einen Kriegseinsatz zu entsenden, der nicht der Verteidigung dient. Erneut soll die Verfassung gebrochen werden, so auch indem die einzig zulässige Regelung für den Einsatz von Truppen missachtet wird: die Zustimmung von zwei Dritteln der Abgeordneten im Falle eines Angriffs auf die Bundesrepublik oder das Bündnis. Zudem droht der Verteidigungsminister Rudolf Scharping mit einem Zwangsdienst für Jugendliche, ohne den sie keine Sozialhilfe oder sonstige öffentliche Mittel erlangen können ... Nachdem der Bundeskanzler vor einigen Tagen ziemlich deutlich den Führungsanspruch Deutschlands in der EU und im europäischen Teil der NATO angemeldet hatte, weshalb die Entsendung von Truppen nach Mazedonien der deutschen ‚Staatsräson‘ entsprechen – und das heißt soviel wie: die Interessen des Staates verlangen es, ohne nach Moral und Gesetz zu fragen – stimmen führende CDU-Politiker ein. Sie wollen künftig Bundeswehreinätze weder mit 2/3-Mehrheit, noch überhaupt mit Zustimmung des Bundestages erreichen, sondern allein durch Zustimmung der Regierung... Die Antifaschistinnen und Antifaschisten in Deutschland tun gut daran, vom Bundestag zu verlangen und dafür vor allem den Aufstand der Demokratinnen und Demokraten durchzuführen: Respektiert das Grundgesetz! Keine weiteren Truppen nach Ex-Jugoslawien! Keine weiteren Naziaufmärsche in unserem Land! Schluss mit der Militarisierung unter dem Deckmantel einer reaktionären Sozialpolitik, die dem Sozialstaatsgebot des Grundgesetzes Hohn spricht.“ www.vvn-bda.de/bund

Am 4. August Brandanschlag auf den Infoladen in Trier

TRIER. Die Täter und Täterinnen brachen in die Räume ein, zerstörten Teile der Einrichtung und legten an mehreren Stellen Feuer. Unter anderem griffen sie gezielt die Leihbücherei und das Zeitschriftenarchiv an. Der Infoladen ist seit seiner Eröffnung Treffpunkt für linke und alternative Gruppen. Er ist aber auch selbst als Gruppe aktiv und engagiert sich im Bereich antifaschistischer und antiklerikaler Politik. Neben der Beteiligung am Trierer Bündnis gegen Rechts war es vor allem die vom Infoladen organisierte Fahrt zum früheren Konzentrationslager Buchenwald, die die mutmaßlich rechten Täter und Täterinnen zu ihrem Anschlag motiviert haben könnte. „Damit haben die Aktionen von Rechts in Trier eine neue Qualität erreicht“, so eine Sprecherin des Infoladens. Während die Kriminalpolizei die Spuren auswertet, sind die Reparaturarbeiten in der Eberhardstraße voll im Gange. „Wir sind froh, dass nichts deutlich Schlimmeres passiert ist – vor allem, dass die im Haus lebenden Menschen nicht zu Schaden gekommen sind. Die Sachschäden lassen sich alle beheben, jetzt hoffen wir auf viel Engagement und (finanzielle) Unterstützung für den Wiederaufbau“, so ein Helfer. www.infoladen.de/trier

Studierendenorganisationen fordern Rücktritt von Ministerin Bulmann

FREIBURG. Das Fass zum Überlaufen brachte Bundesbildungsministerin Bulmann mit ihren jüngsten Aussagen pro „Langzeit“-Studiengebühren. Im ZDF äußerte sie am 25. Juli: „Ich bin der Auffassung, dass das Erststudium gebührenfrei bleiben sollte in einer angemessenen Zeit. Das heißt eben auch: Regelstudienzeit plus vier Semester.“ Mittlerweile hat sie zudem ein entsprechendes Gesetzesvorhaben angekündigt. Damit hat sie eines der zentralen bildungspolitischen Wahlversprechen der SPD gebrochen, das klipp und klar lautete: Keine Studiengebühren – und auch keine „Langzeit“-Gebühren. Olaf Bartz, Geschäftsführer beim Aktionsbündnis gegen Studiengebühren (ABS) kommentiert: „Bulmanns Kehrtwende ist durch nichts zu rechtfertigen. Die Regelstudienzeiten sind reine Fiktion, und längere Studienzeiten sind – vor allem aufgrund der schwierigen sozialen Lage vieler Studentinnen und der Mängel an den Hochschulen selbst – oft nicht zu vermeiden.“ Christian Schneiderberg vom unabhängigen AstA der Universität Freiburg ergänzt: „Langzeitstudiengebühren sind eine gesellschaftspolitisch falsche Entscheidung. Solche Gebühren bauen neue soziale Barrieren auf, forcieren Studienabbrüche und schrecken vor der Aufnahme eines Studiums ab. Abbrüche statt Abschlüsse sind die in Baden-Württemberg sichtbaren Folgen.“ Zahlreiche Stu-

dierendenorganisationen haben bereits einen offenen Brief mit der Rücktrittsforderung unterzeichnet. Darin wird zudem das Scheitern der – ebenfalls versprochenen – strukturellen BAföG-Reform angesprochen. „Unsere Forderung lautet nach wie vor: Ein bundeseinheitlicher, verbindlicher Ausschluss jeder Art von Studiengebühren – am besten im Hochschulrahmengesetz“, so Kerstin Puschke (fzs). „Alles andere ist für uns nicht akzeptabel. Wer wie Bulmann eine Gebührenwelle inszeniert, darf sich auf eine Protestwelle gefasst machen.“ www.studierende-abs.de

1000 Bettlaken gespannt als sichtbares Zeichen gegen Fluglärm

OFFENBACH. Aus über 1000 Bettlaken wurde am 12. August in Offenbach ein un-



übersehbares Zeichen gegen Fluglärm gesetzt. Auf dem Sportplatz des Ballsportclubs im Ortsteil Rosenhöhe entstand der Schriftzug „Fluglärm macht krank“ mit Buchstaben von acht bis 12 Metern Höhe. Während im Abstand von 50 Sekunden die Flugzeuge über die Köpfe der Menschen hinweg lärmten, waren über 1000 Aktive des Aktionsbündnisses „Offenbacher gegen den Flughafenausbau“ mit der Vollendung von Deutschlands größtem Protesttransparent beschäftigt. Der Schriftzug war an diesem Tag aus 800 Metern Höhe für die Passagiere jeder einfliegenden Maschine gut lesbar. Während der anschließenden Kundgebung hielten einige der insgesamt sieben Schirmherren dieser Aktion kurze Redebeiträge. www.flughafen-bi.de

Zwei Volksinitiativen eingereicht beim brandenburgischen Landtag

POTSDAM. Am 17. August übergab das Bündnis „Mehr Demokratie in Brandenburg“ dem Vizepräsidenten des brandenburgischen Landtags zwei Volksinitiativen mit je 29.000 Unterschriften. Da das Quorum von 20.000 Eintragungen überschritten wurde, muss sich nun der Landtag mit den beiden Anliegen befassen. Der 1. Antrag fordert die Erleichterung kommunaler und landesweiter Volksentscheide. Mit der 2. Initiative wird die Landesregierung in Potsdam aufgefordert, sich im Bundesrat für Volksentscheide im Grundgesetz zu engagieren. www.mehr-demokratie.de

**KLM-Pilot verweigerte Abschiebung
eines kranken Flüchtlings in seinem Jet**

Letzte Instanz: Cockpit

Nachdem es bei Zwangsabschiebungen mehrfach zu schweren Verletzungen und Todesfällen in Flugzeugen kam, führte der Weltpilotenverband IFALPA die Kategorien „willing to travel“ und „not willing to travel“ – gewillt zu reisen und nicht gewillt zu reisen – ein. Der Pilotenverband räumt allen Flugkapitänen die Möglichkeit ein, die Beförderung von Personen, die sich nicht freiwillig an Bord befinden, zu verweigern. Jeder Pilot, so die Begründung für diese Kategorisierung, trage die Verantwortung für die Sicherheit seiner Fluggäste. IFALPA befürchtet wegen auftretender Todesfälle letztlich auch juristische Konsequenzen für die Piloten. Nichtfreiwilligkeit ließe sich beispielsweise daran erkennen, dass die Abzuschiebenden in Handschellen gefesselt seien oder unter Einfluss von starken Beruhigungsmitteln stünden, so IFALPA. Auch die Begleitung durch Polizeibeamte sei ein Zeichen dafür, dass die Abschiebung nicht freiwillig geschehe. Sowohl die Gewerkschaft ver.di als auch die Pilotenvereinigung Cockpit haben ihren Mitgliedern nahegelegt, dieser Empfehlung von IFALPA zu folgen, was scheinbar immer mehr Piloten auch tun.

Einem Kongolesen beispielsweise gelang es fünfmal, durch lauten Protest im Flugzeug seine Abschiebung in letzter Minute zu verhindern. Inzwischen gilt er als nicht abschiebbar und wird geduldet. In der letzten Woche sollte von Hamburg aus ein Kurde in die Türkei abgeschoben werden. Doch auch er hatte „Glück“. Da er sich gegen die Abschiebung gewehrt hatte, wurde er in Handschellen ins Flugzeug geführt. Daraufhin verweigerte der Pilot, ihn mitzunehmen. Doch so schnell wollen die Behörden nicht aufgeben: Für Anfang September ist die Abschiebung mit einer anderen Fluggesellschaft geplant. Am Montag stand die erwähnte Abschiebung eines jungen Mannes nach Togo an. Er hatte Asyl beantragt, was abgelehnt worden war. Nur aufgrund ärztlicher Atteste erhielt er eine Duldung. Am 27.7. war er trotzdem in der Ausländer-

Bereits zum zweiten Mal innerhalb weniger Tage konnte am Montag (13.8.) eine Abschiebung vom Hamburger Flughafen dadurch verhindert werden, dass ein Pilot sich weigerte, einen abgelehnten Asylbewerber aus Togo auszufliegen.

behörde verhaftet und in das Hamburger Abschiebegefängnis Glasmoor gebracht worden. Ein Gericht hatte die Duldung aufgehoben, da er nicht bereit gewesen sei, sich an deutsche Gesetze zu halten. Begründet wurde das mit einem laufenden Verfahren wegen Diebstahls. Der zuständige Richter fasste diesen Beschluss aber vor allem, so die Begründung, weil der Togoese geplant habe, trotz Ablehnung des Asylantrages ab Herbst eine Schulausbildung zu beginnen.

Die Festnahme war eine zusätzliche psychische Belastung für den bereits traumatisierten Mann. Die Anstaltsleitung in Glasmoor befürchtete deshalb sogar einen Suizidversuch und ließ ihn in die geschlossene psychiatrische Abteilung des Allgemeinen Krankenhauses Ochsenzoll einweisen. Dort wurden Psychopharmaka verabreicht, die stationäre Aufnahme jedoch verweigert. So ging es zurück in den Knast. Einige Tage später fand der Gerichtsprozess wegen Diebstahls statt, wo der Mann endgültig zusammenbrach. Trotzdem sollte er am Montag abgeschoben werden. Selbst juristische und ärztliche Interventionen konnten die Behörden nicht bremsen. Im rot-grünen Koalitionsvertrag der Hansestadt ist vereinbart, in strittigen Fällen ein amtsärztliches Gutachten einzuholen, in dem entweder die Reisefähigkeit bescheinigt oder die Reiseunfähigkeit attestiert wird. Während früher Fälle dann als „strittig“ galten, wenn beispielsweise Betreuungsorganisationen aus medizinischen Gründen gegen die Abschiebung intervenierten, können Zweifel heute nur noch ausschließlich von der Behörde geltend gemacht werden. Das heißt, nur die Ausländerbehörde kann per Amtsarzt eine Abschiebung stoppen, die von ihr selbst angeordnet wurde.

„Es ist mir völlig unklar, ob für rot und grün überhaupt noch humane Standards im Umgang mit Menschen gelten“, kommentierte Susanne Uhl, Abgeordnete der Regenbogengruppe in der Hamburger Bürgerschaft, diesen rot-grünen Rückfall in die Barbarei. „In der Flüchtlingspolitik in Hamburg scheint ein moralischer Unterbietungswettbewerb im Gange zu sein, in dem sich immer wieder ungeahnte Tiefen auftun.“

Ein Gespräch von Mitgliedern des Flüchtlingsrates mit dem Piloten der niederländischen Fluggesellschaft KLM brachte am Montag doch noch den gewünschten Erfolg für den afrikanischen Flüchtling: Der Flugkapitän weigerte sich, den Togolesen auszufliegen.

Birgit Gärtner
(aus: LB Hamburg)

Das Bürgermeisteramt der Stadt Freiburg „sieht keinen Anlass“ die Umsetzung eines Kunstobjektes, das die Menschenrechte, u.a. auch das Recht auf Bewegungsfreiheit, zu unterstützen. Als Grund hierfür wird angegeben, dass ein solches Kunstobjekt „sich gegen die geltenden Gesetze richtet ...“. Zusammenfassend zur Vorgeschichte: Im Januar 2001 haben verschiedene Flüchtlingsinitiativen (SAGA, Karawane, rasthaus und Medi-Netz) im Zusammenwirken mit der Stadtbibliothek Freiburg einen Kunstwettbewerb „Für das Menschenrecht auf Bewegungsfreiheit“ organisiert. Über 100 Menschen nahmen an der Vernissage teil, viele weitere besuchten die Ausstellung. Eine Jury bestehend aus VertreterInnen von Pro Asyl, FIAN, Humanistische Union, Pax Christi, Menschen aus dem Kunstbereich, usw. prämierten das Kunstobjekt von Bernhold Baumgartner aus Denzlingen. „Die Jury ist der Auffassung, dass die gewählten künstlerischen Mittel auch bei einer Realisierung in Originalgröße geeignet sind, die Idee zu tragen und empfiehlt, die Realisierung des Entwurfes an einem öffentlichen Ort“. Die Initiatoren haben im Mai dem zuständigen Dezernat schriftlich mitgeteilt, dass sie das Kunstobjekt im Freiburger Stadtgarten verwirklichen wollen. Da der Stadtgarten zwischen dem Europaplatz und dem Landratsamt Breisgau-Hochschwarzwald liegt käme dem Ort auch eine politische Bedeutung bei.

Die Fraktionsgemeinschaft Unabhängige Frauen & Linke Liste stellte einen Antrag zur Behandlung im Hauptausschuss. Der Antrag bezog sich auch auf die von der Stadt Freiburg verabschiedete Resolution gegen Fremdenhass und Rassenwahn. „Mit der Vorstellung einer ‚Offenen Stadt‘ verträgt es sich nicht, wenn ein Teil ihrer Bewohner in dieser Weise in ihrer Bewegungsfreiheit eingeschränkt ist. Be-

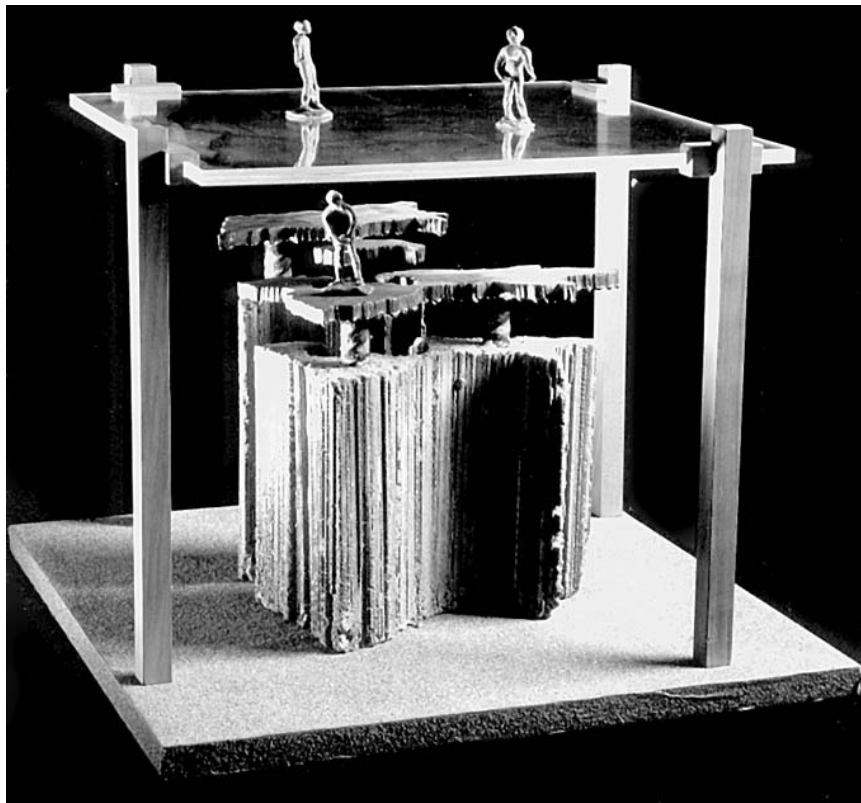
DENK-MAL

dauerlicherweise hat das Bundesverfassungsgericht entschieden, dass dies eine noch zulässige Einschränkung des auch für Fremde geltenden Grundrechts auf freie Entfaltung der Persönlichkeit sei (Art. 2 IGG). Umso wichtiger sind Initiativen wie ‚Denk-Mal‘, mit denen derartige fremdenfeindliche Regelungen problematisiert werden. Als ersten Schritt schlagen wir vor, dass der 1. Preisträger vom Kulturausschuss eingeladen wird, um dort sein Objekt vorzustellen.“

Ebenso hat sich die Kommission „Flüchtlinge“ des Freiburger Ausländerbeirates für die Realisierung des Kunstobjektes in Freiburg eingesetzt. In einer Resolution des Ausländerbeirates an den Oberbürgermeister der Stadt Freiburg werden der OB und das Regierungspräsidium aufgefordert, das Recht auf Bewegungsfreiheit zu gewährleisten. „Der Ausländerbeirat Freiburg spricht sich gegen die Beschränkung der Bewegungsfreiheit für Flüchtlinge aus. Er sieht in

Auch aus Hamburg beteiligten sich am 19. Mai zahlreiche Flüchtlinge an der bundesweiten Demonstration gegen die Residenzpflicht in Berlin.





Georg Dengler belegte mit diesem Modell Platz zwei bei dem Kunstwettbewerb „Denk-Mal“.

Flüchtlingsbetreuung

Freistaat Bayern geht gegen Münchner Modell vor

München. Die Grüne Stadtratsfraktion & rosa liste teilen am 16. 8. 2001 mit: Die Staatsregierung plant eine Änderung der Trägerschaft für die städtischen Unterkünfte für Flüchtlinge. Aber: Der Stadtfrieden braucht einen hohen Standard in der Flüchtlingsbetreuung! Die Bayerische Staatsregierung plant eine Änderung der Kostenübernahmeregelungen im Asylbewerberleistungsgesetz und eine Änderung des Asylbewerberunterbringungsgesetzes.

Dies bedeutet:

- Derzeit gilt die Regelung, dass der Freistaat über die Bezirksregierungen für die Unterbringung aller Flüchtlinge ohne verfestigten Aufenthaltsstatus zuständig ist. Geduldete Flüchtlinge werden aber auch von der Landeshauptstadt München untergebracht.
- Allerdings ist die Trennung in hundert von Fällen nicht korrekt vollzogen: so leben Flüchtlinge, für die eigentlich der Freistaat zuständig wäre, in städtischen Gemeinschaftsunterkünften und umgekehrt. So hat die Stadt München eine große Zahl von Bürgerkriegsflüchtlingen und von geduldeten Flüchtlingen untergebracht.
- Mit der neuen Kostenübernahmeregelung würde der Freistaat für diese Flüchtlinge die Unterbringungskosten übernehmen. Das ist natürlich zu begrüßen.
- Mit der Änderung des Asylbewerberunterbringungsgesetzes allerdings will der Freistaat erreichen, dass alle Flüchtlinge in staatlichen Gemeinschaftsunterkünften untergebracht werden sollen. Das wäre das Ende des hohen Standards der Münchner Betreuung in den städtischen Unterkünften.

Wie ist die Betreuung derzeit geregelt?

- In den staatlichen Unterkünften gibt es kaum Betreuung: Dort ist ein Heimleiter in der Regel mit einer Ganztagesstelle für die Verwaltung zuständig. Hinzu kommt meist ein Sozialpädagoge/eine Sozialpädagogin, der/die meist bei einem Wohlfahrtsverband angestellt ist. Ohne das starke Engagement der Wohlfahrtsverbände, die einen erheblichen Teil der Lohnkosten tragen (inzwischen in München auch schon die Stadt zu einem geringen Anteil) wäre diese Betreuung bereits zusammengebrochen. Das ist die gesamte Betreuung in den staatlichen Unterkünften. ➔

der sogenannten Residenzpflicht eine jener gesetzlichen Bestimmungen, durch die Flüchtlingen jede Möglichkeit genommen wird, als selbstbestimmte Menschen zu leben. Der Ausländerbeirat fordert daher die Stadt Freiburg und ihre Bewohner/innen auf, sich für die Verwirklichung des Menschenrechtes auf Bewegungsfreiheit einzusetzen.

Das Handeln der Ausländerbehörde soll darauf ausgerichtet sein, dass die sozialen, kulturellen, wirtschaftlichen und politischen Rechte der Menschen, die eine Befreiung von der Residenzpflicht beantragen, nicht beschnitten werden.

Darüber hinaus wünschen die Mitglieder des Ausländerbeirates, dass das ‚Denk-Mal‘ für das Menschenrecht auf Bewegungsfreiheit realisiert wird. Sie empfehlen daher dem Gemeinderat und Herrn Oberbürgermeister Dr.

Böhme, einen geeigneten Platz für die von der Jury ausgewählte künstlerische Umsetzung des Themas von Bernhold Baumgartner zur Verfügung zu stellen und auch die weiteren Schritte der Realisierung zu unterstützen.

Der Ausländerbeirat sieht darin einen Beitrag im Rahmen der städtischen Initiative ‚Für eine offene Stadt – Gegen Fremdenhass und Rassenwahn.‘“

Flüchtlingsgruppen, Unabhängige

Frauen & Linke Liste sowie auch der Ausländerbeirat der Stadt Freiburg wurden nun am 8. August 2001 von der Stadt Freiburg davon unterrichtet, dass das Kunstwerk gesetzeswidrig sei. „Die Plastik thematisiert das Problem der durch Gesetz eingeschränkten Bewegungsfreiheit für in Deutschland lebende Flüchtlinge und ist damit auch ein Symbol des Protests gegen die Regelungen der Asylgesetzgebung in der Bundesrepublik Deutschland ... Nach intensiver Prüfung hat das Bürgermeisteramt – auch nach Beratung im Kreise der Dezernenten – entschieden, dass die Stadt keinen Anlass sieht, ein Anliegen, das sich gegen die geltenden Gesetze richtet, zu unterstützen.“

Diese Entscheidung der Stadt Freiburg greift massiv in die Freiheit der Kunst ein und setzt sogleich künstlerischen Aussagen Grenzen. Im politischen Sinne wird die Residenzpflicht auf die Gestaltungsmöglichkeit und –richtung der Kunst übertragen. Des weiteren findet eine Zensur statt, wie eine Plastik auszusehen hat. Eine öffentliche Diskussion über das Recht auf Bewegungsfreiheit soll erst gar nicht entstehen. Die Initiatoren werden KünstlerInnen und Jury-Mitglieder über diese Entscheidung der Stadt Freiburg informieren. Wir können nicht akzeptieren, dass wir den öffentlichen städtischen Raum nicht auch auf künstlerischer Ebene für die Einforderung von Menschenrechten nutzen dürfen. Gegen den Versuch, die Rechtlosigkeit weiter zu zementieren, werden weitere Initiativen ergriffen, um u.a. auch das Kunstobjekt von Bernhold Baumgartner in der Stadt Freiburg realisieren zu können. (was, aus: AnAz)

Kunst für Menschenrechte richtet sich „gegen gelten-des Gesetz“ – Stadt Freiburg gegen Aufstellung eines Kunstwerkes gegen die Residenzpflicht

→ • In den städtischen Unterkünften gibt es in der Regel eine Rund-um-die-Uhr-Betreuung. (In allen Unterkünften mit mehr als 60 BewohnerInnen) Es gibt Verwaltungskräfte, Sozialpädagogen, ErzieherInnen und Pförtner mit Sonderaufgaben.

Das Münchner Modell für die Betreuung von Flüchtlingen findet bundesweit Beachtung. Das Münchner Betreuungsmodell

- hat es geschafft, den Flüchtlingen wirkliche sozialpädagogische Hilfe zukommen zu lassen,
- hat es geschafft, auch Flüchtlingen mit Traumatisierungen, Krankheiten oder Behinderungen entsprechende Hilfestellung zuteil werden zu lassen,
- hat es geschafft, Teil eines Hilfenetzwerkes zu werden, in dem sich von Refugio bis zu den Rückkehrhilfen viele notwendige Unterstützungsmaßnahmen finden,
- hat es geschafft, die Akzeptanz für Flüchtlinge auch in den Wohnvierteln und in der Nachbarschaft sowie im Bezirksausschuss deutlich zu erhöhen. Wirkliche Proteste gegen Unterkünfte sind selten geworden,
- hat es geschafft, ohne Wachdienste auszukommen,
- hat es geschafft, das Zusammenleben in der Gemeinschaftsunterkunft, aber auch mit der Nachbarschaft friedlicher zu gestalten,
- hat es geschafft, dass Übergriffe auf Flüchtlingsunterkünfte in München so gut wie unbekannt sind.

Ein Zurückfahren des Münchner Betreuungsstandards auf das Niveau des Freistaates wäre ein unverzeihlicher flüchtlingspolitischer Rückschritt. Die hohe Akzeptanz in der Bürgerschaft würde schwinden, alte Gräben würden wieder aufgerissen. Das friedliche Zusammenleben zwischen Flüchtlingen und ihren Nachbarn wäre gefährdet.

Das negativste Beispiel dafür, wie die Regierung von Oberbayern sich die "Betreuung" in staatlichen Unterkünften vorstellt, ist die Entwicklung in der Gemeinschaftsunterkunft Schwankhardweg. In dieser staatlichen Gemeinschaftsunterkunft wurde ein Wachdienst eingesetzt, der quasi polizeiliche Befugnisse bis hin zu Maßnahmen wie der Abnahme von Ausweispapieren und dem Aufschreiben von Autokennzeichen bekam. Besucher wurden kontrolliert. In mindestens einem Fall wurde die Gemeinschaftsunterkunft als Abschiebegefängnis verwendet. Die Unterkunft wurde faktisch vom Stadtteil getrennt. Eine gut integrierte Unterkunft, in der auch viele ehrenamtliche Helfer tätig waren, wurde plötzlich zu einem abgeschotteten Fremdkörper im Stadtteil. Genau das, was wir verhindern wollen, wurde dort umgesetzt. Erst aufgrund der massiven Proteste gelang es die Regierung von Oberbayern von einem Großteil der Maßnahmen abzubringen.

Auf eine Anfrage der Grünen zu den

Zuständen in dieser Gemeinschaftsunterkunft antwortete die Regierung von Oberbayern rüpelhaft: dies würde einen Münchner Stadtrat nichts angehen. Das ist genau die Art von Unterkünften, die wir in München nicht haben wollen – und das ist genau das, was wir befürchten: dass in München die Flüchtlinge wieder als Menschen zweiter Klasse behandelt werden und der Münchner Stadtrat auf seinem eigenen Stadtgebiet zusehen muss und keine Einflussmöglichkeiten mehr hat.

Was kann getan werden:

1. Die Grünen haben aufgrund ihrer guten Kontakte im Flüchtlingsbereich sehr früh von den Vorhaben des Freistaates erfahren und deshalb bereits im Frühjahr 2001 an das Flüchtlingsamt einen Antrag gestellt, nachzuprüfen, ob die Informationen zutreffen. Die Antwort des Sozialreferates kam im Mai: es sei richtig, dass die Bayerische Staatsregierung die Übernahme aller Gemeinschaftsunterkünfte plane.
2. Unklar ist, wie diese Übernahme aussehen soll. Ob der Freistaat wirklich alle Unterkünfte betreiben oder aber die städtischen im übertragenen Wirkungskreis bei der Stadt belassen will, ist unklar. Aber: mit einer Überlassung im übertragenen Wirkungskreis, nach den Spielregeln des Freistaates und ohne Hausrecht und Fachaufsicht, ist der Stadt München nicht geholfen.

Deshalb wollen die Grünen mit dem Vorstoß erreichen, dass

- in den geänderten Fassungen des Asylbewerberleistungsgesetzes, vor allem aber in der anvisierten Änderung des Asylbewerberunterbringungsgesetzes, ein Passus aufgenommen wird, der es Kommunen ermöglicht, die Unterkünfte unter eigener Regie weiterzuführen, wenn diese es wünschen;
- die Kommunen in Unterkünften auf ihrem Stadtgebiet einen eigenen Betreuungsstandard einführen bzw. erhalten können, den sie als angemessen betrachten. Zuschüsse für einen Betreuungsstandard über dem Betreuungsstandard des Freistaates dürfen von diesem dann nicht von den eigenen Zuschüssen abgezogen werden;
- die Kommunen, die dies wünschen, die Fachaufsicht und das Hausrecht in den Häusern erhalten.
- Der Oberbürgermeister wird dringend ersucht, schnellstmöglich diese Forderungen an den Bayerischen Städtetag heranzutragen, der im Gesetzgebungsverfahren im Herbst d. J. mit eingebunden werden muss, und dort für diese Forderungen einzutreten. Gleichzeitig soll der Oberbürgermeister diese Forderungen gegenüber dem Freistaat, hier besonders gegenüber dem Bayerischen Finanzministerium sowie dem Bayerischen Sozialministerium vertreten.
- Gleichzeitig muss die Stadt in Verhandlungen mit der Regierung von Oberbayern eintreten, um diese Überlegungen frühestmöglich bei der Diskussion um

die Zukunft der Gemeinschaftsunterkünfte in München einzubringen.

Dies bedeutet, dass die Stadt München sich bereit erklären muss, die bisher aus dem städtischen Haushalt eingesetzten Gelder auch weiterhin für das Münchner Betreuungsmodell einzusetzen. Die Höhe wird sich im zweistelligen Millionenbereich bewegen (ca. 20 Mio.) Eine hohe Summe, aber der Stadtfrieden muss sie uns wert sein.

Gleichzeitig muss aber noch etwas anderes geschehen: Es ist nicht mehr einsichtig, dass es in München auch weiterhin zwei unterschiedliche Arten von Flüchtlingen geben soll. Egal, wie die Verhandlungen ausgehen, wird es nach der Gesetzesänderung nur noch eine Art von Unterkünften in München geben. Uns ist es wichtig, dass es nicht die Art von Unterkünften nach den Vorstellungen des Freistaates ist. Deshalb ist es Ziel der Grünen, dass die bisher eingesetzten Gelder für die städtischen Unterkünfte erhalten bleiben, aber nicht mehr nur für die 25 städtischen, sondern auch für die ca. 30 staatlichen Unterkünfte verwendet werden. Mit anderen Worten: die ca. 20 Millionen Mark, die derzeit jährlich verwendet werden, sollen dann für alle Unterkünfte in München Verwendung finden. Uns ist klar, dass es damit einen Betreuungsstandard geben wird, der niedriger ist als bisher in den städtischen Unterkünften, aber deutlich höher als in den staatlichen Unterkünften.

Sicher wäre es uns lieber, alle Münchner Unterkünfte auf den Standard der städtischen Unterkünfte zu heben – nur: dazu fehlen wohl die Mittel. Es wäre aber auch unredlich, sich nur um die 25 städtischen Unterkünfte zu sorgen.

Ein solches Vorhaben, von dem wir ausgehen, dass es Oberbürgermeister und Sozialreferat, aber auch die Bezirksausschüsse teilen, bedeutet eine große Herausforderung für das Flüchtlingsamt:

Das Flüchtlingsamt muss:

- die vorhandenen Mittel berechnen: (Freistaat Betreuung/Wohlfahrtsverbände-/Stadt München)
- ein Betreuungskonzept entwickeln, das auf diesen Ressourcen beruht und mit dem vorhandenen Personal auskommt
- ein Betreuungskonzept entwerfen, das sich der Aufgabe stellt, die besonderen Gruppen in den Unterkünften (unbegleitete minderjährige Flüchtlinge; Traumatisierte, Alte, Behinderte etc.) auch entsprechend zu betreuen.
- das ganze noch mit der Regierung von Oberbayern und dem Freistaat verhandeln.

Die Zeit drängt. Die gesamten Erfolge der Münchner Flüchtlingspolitik sind in Gefahr. Die Grünen sind aber der Ansicht, dass es Wege und Mittel gibt, den hohen und dringend notwendigen Betreuungsstandard zu retten. Wir fordern alle politischen Ebenen und Gruppen in München auf, sich ebenfalls für die Rettung der Münchner Flüchtlingspolitik einzusetzen.

Landrat und BdV. DÜREN.

Im Gespräch mit Mitgliedern der Antifa Düren äußerte der Landrat des Kreises Düren, dass er auf der Grundlage von Informationen der Antifa und zusätzlicher eigener Recherchen die Schirmherrschaft über die Veranstaltung des Bundes der Vertriebenen (BdV) des Kreises Düren zum „Tag der Heimat“ aufkündigt, sollte der BdV an dem geplanten Redner Paul Latussek festhalten. Zu eindeutig seien auch für ihn die Beweise, dass Paul Latussek intensive Verbindungen ins neofaschistische Lager hegt und pflegt. Auf die Bitte, doch das im Kreishaus angebrachte Werbeplakat des BdV, auf dem mit dem Festredner Latussek geworben wurde, dann konsequenterweise zu entfernen, reagierte er prompt. Im Beisein eines Mitglieds der Antifa ließ er das Plakat sofort entfernen. In den nächsten Tagen will er das Thema noch einmal mit dem Bund der Vertriebenen besprechen. Von dieser Reaktion ist die Antifa Düren positiv überrascht. Sie wird aber selbstverständlich an den Protesten beim „Tag der Heimat“ festhalten.

www.sdaj-dueren.de/antifa

Anti-Castor-Erklärung. LANGENDORF.

Den sofortigen Stopp von Castortransporten nach Gorleben hat der Rat der Gemeinde Langendorf jüngst in einer von GLW und UWG beantragten Stellungnahme gefordert. Bei einer Gegenstimme von der CDU verabschiedete der Rat ein Papier, in dem er – ähnlich wie schon andere Kommunen – Position gegen die derzeitige Nuklear-Entsorgung bezieht. Unter anderem verweist der Rat darauf, dass sich das Kreisgebiet während der Transporte in einem Ausnahmezustand befinde. Außerdem sollten Polizeibeamten Namensschilder an ihren Uniformen tragen, da „überharter Einsatz“ seitens der Polizei kein Einzelfall mehr sei. Ausdrücklich unterstützt der Rat friedliche Protestaktionen gegen die geplanten Transporte. Er wehrt sich gegen Kriminalisierung von Castor-Gegnern, fordert ein Krebskataster und die Offenlegung von Katastrophenschutzplänen für das Kreisgebiet. *Elbe-Jeetzel-Zeitung, 10.08.01*

Kommunalpolitische Konferenz. ESSEN.

Gemeinsam mit der AG linke Kommunalpolitik in und bei der PDS Essen bereitet die PDS-Ratsgruppe für September 2001 eine kommunalpolitische Konferenz zur Beschäftigungspolitik vor. Sie soll an einem Samstag im Rathaus oder anderen geeigneten Räumen stattfinden. Arbeitstitel: „Kommunale Beschäftigungspolitik statt 2 DM-Jobs und Arbeitszwang“. Zwei Referenten sollen zu eher bundespolitischen Fragen und Perspektiven eingeladen werden, z.B. ein Vertreter der PDS-Bundestagsfraktion und ein anerkannter Fachmann zum Thema. Zwei weitere Referenten sollen

zu örtlichen Fragen eingeladen werden, etwa ein Gewerkschafter zur örtlichen Beschäftigungspolitik und zur Auseinandersetzung mit „Pro Chip“ und eine/r zur Auseinandersetzung mit Projekten wie der Einführung der 2 DM-Jobs oder „MoZart“. Die Konferenz soll ein erstes „Kommunalpolitisches Forum“ sein, dass bei Erfolg zu einer regelmäßigen Einrichtung (z.B. zweimal im Jahr) in Essen werden könnte. www.pds-essen-imrat.de

Eichels Griff in kommunale Kassen.

MÜNCHEN. Für nicht hinnehmbar hält der Vorsitzende des Bayerischen Städtetags, OB Josef Deimer, die Absicht von Bundesfinanzminister Eichel, die bei der Verabschiedung des Steuersenkungsgesetzes zugesagte Anpassung der Abschreibungsmöglichkeiten an die tatsächliche Nutzungsdauer der Wirtschaftsgüter auf die lange Bank zu schieben. Damit erspart Eichel den Betrieben 1,5 Mrd. Mark an Einkommen- und Körperschaftsteuer, die auch den Städten und Gemeinden fehlen. Deimer: „Dass der Bundesfinanzminister seine damalige Zusage nicht einhält, bedeutet den Wegfall der Geschäftsgrundlage für die erhöhte Gewerbesteuerumlage.“ Denn Eichel greift schon seit dem 1. Januar 2001 zur Gegenfinanzierung des Steuersenkungsgesetzes den Kommunen in die Kassen und holt sich eine von Jahr zu Jahr erhöhte Gewerbesteuerumlage. Er will damit die angeblichen Mehreinnahmen der Kommunen bei der Gewerbesteuer abschöpfen. Nachdem die Gewerbesteuer aber immer weniger wird, reißt er damit tiefe Löcher in die kommunalen Kassen. www.bay-staedtetag.de

Familienpolitische Offensive gefordert.

BERLIN. „Notwendig ist eine familienpolitische Offensive, die von Bund, Ländern, Gemeinden, Eltern, Wirtschaft und Tarifvertragsparteien getragen wird“, erklärte der Präsident des Deutschen Städte- und Gemeindebundes am 2. August. Seine Perspektiven sind: • Zusammenfassung der Leistungen für Familien in einer Familienkasse. Hierdurch würde es möglich, Kindergartenplätze gesamtstaatlich zu finanzieren. Betreuungsgeld und Kindergeld sind zusammen zu fassen. Bis zum 3. Lebensjahr soll jedes Kind 1.050 im Monat erhalten. Danach wird ein einheitliches Kindergeld von 500 DM bis zum 18. Lebensjahr vorgeschlagen. • Das Angebot an Ganztagschulen muss massiv erhöht werden. • In Deutschland sind 80.000 Hortplätze für Kinder zu schaffen. • Durch die Einführung eines Kita-Card-Systems in Form von Gutscheinen soll die Organisation der Tagesbetreuung verbessert werden. • Die pädagogische Qualität in Tageseinrichtungen ist durch eine Reform der Erzieherinnen- und Erzieherausbildung zu verbessern.

www.dstgb.de Zusammenstellung: baf



GEW Hamburg

Reformen ja, Mehrarbeit nein, Arbeitszeitverkürzung jetzt!

HAMBURG. In wenigen Tagen beginnt ein neues Schuljahr. Schon jetzt ist abzusehen, dass die personelle Ausstattung der Schulen weiter verschlechtert werden wird – allen Sonntagsreden von der Bedeutung der Wissensgesellschaft zum Trotz. Zwar weisen internationale Statistiken wie von der OECD aus, dass das deutsche Bildungswesen international im Grundschul- und Mittelstufenbereich schlechter ausgestattet ist als z.B. in Portugal – die SchülerInnen haben weniger Unterrichtsstunden und die LehrerInnen unterrichten mehr SchülerInnen pro Klasse –, aber selbst diese Standards sind von Verschlechterungen betroffen. So müssen ab 1.8. in Schleswig-Holstein alle Gymnasial-, Berufs- und Gesamtschullehrer mehr Stunden in der Woche unterrichten. Die Altersteilzeit wird gestrichen. In Hamburg hält der Senat trotz zweier Gerichtsentscheidungen, die das rechtswidrige Zustandekommen der Streichung der sogenannten Alterermäßigung feststellten, daran fest, dass alle LehrerInnen über 60 Jahre eine bzw. zwei Wochenstunden mehr arbeiten müssen. Das betrifft 3000 ältere LehrerInnen und verhindert die Einstellung von 191 jungen, neuen LehrerInnen. Die Hamburger Elternkammer beklagt, dass eine Schule als voll versorgt gilt, wenn 95% der erforderlichen Lehrerstunden zugewiesen worden sind. Unterrichtsausfall ist also vorprogrammiert. Wegen der ungünstigen Altersstruktur der Hamburgischen Lehrerschaft werden in den nächsten Jahren überdurchschnittlich viele pensioniert. Also müssten pro Jahr 730 neue LehrerInnen eingestellt werden. Das aber passiert nicht: Zum 1.2.2001 wurden nur 180 ReferendarInnen eingestellt, 400 Bewerber



**Ohne die GEW
sähe die Schule
ziemlich alt aus**

berInnen wurden abgewiesen.

Die GEW hat gegen diese Politik jetzt mobil gemacht und mit ersten Protestmaßnahmen begonnen: Ende Juni auf einer bundesweiten Auftaktveranstaltung im Hamburger Curio-Haus und Anfang Juli auf einer Demo in Kiel. In den Schulen werden Aktionen „Dienst nach Vorschrift“ vorbereitet, denn der vorjährige Warnstreik der LehrerInnen gegen die Streichung der Alterermäßigung und für die Einstellung junger LehrerInnen hat zu keiner Änderung der Personalpolitik geführt.

Gerade jetzt im Bürgerschaftswahlkampf muss immer wieder darauf hingewiesen werden, dass Hamburgs LehrerInnen im Jahr 5,9% = 110 Stunden mehr arbeiten als der übrige öffentliche Dienst – selbst wenn man die Schulferien gegen rechnet. 1999 hatte die vom Senat eingesetzte Arbeitszeitkommission dies festgestellt, und zwar nach Auswertung von rund 20 Arbeitszeitstudien zur Lehrarbeit. Bezeichnend, dass SPD, GAL, aber auch CDU und FDP dazu jetzt lieber schweigen. Dabei würde die Arbeitszeit-senkung um 1 Stunde für alle LehrerInnen nur 50 Mio. DM kosten – wenig verglichen mit den 2,3 Mrd. DM Hamburger Steuergeldern, die die Airbus-EADS-Erweiterung kosten soll. Verglichen mit 1889, als der öffentliche Dienst 60 Stunden arbeitete, der Gymnasiallehrer 24 Stunden und der Grund- und Hauptschullehrer 32 Stunden pro Woche unterrichtete, ist der gesellschaftliche Fortschritt durch Arbeitszeitverkürzung heute im öffentlichen Dienst 345,8%, bei LehrerInnen an Grund- und Hauptschulen 12% und an Gymnasien 0% – denn sie unterrichten auch heute noch 24 Stunden. Dabei weiß jeder, dass die Schüler von damals anders waren als die von heute. Kurz: Protest ist nötig, angebracht und berechtigt – und SPD und GAL können sich nicht als Kräfte der Bildungsreform ausgeben.

Horst Bethge, Bildungspolitischer Sprecher der PDS und Kandidat auf der Regenbogenliste für die Bürgerschaft

**8. Gewerkschaftspolitische Konferenz der PDS
am Freitag, 23. bis Samstag, 24. November in Mannheim / Stadthaus**

Nichts mehr zu verteilen?

Probleme der Verteilungspolitik im Shareholder-Kapitalismus

Die vergangenen zwei Jahrzehnte haben die Umverteilung von unten nach oben beschleunigt, die Einkommenssituation der abhängig Beschäftigten verschlechtert und in vielen Bereichen zu realen Lohnneinbußen geführt. Die Sozialleistungsquote stagniert trotz zunehmender Empfängerzahlen und die explosive Vermögensbildung der vergangenen 20 Jahre ist an den ArbeitnehmerInnen vorbei gegangen. Wir wollen nicht dabei stehen bleiben, das zu kritisieren: Wir fragen:

- Wie muss eine Tarifpolitik aussehen, die das Zurückbleiben der Arbeitseinkommen aufhält?
- Welche Risiken oder Chancen birgt eine Tarifpolitik, die das Verteilungsproblem über Vermögensbildung und Fondsbeteiligungen lösen will?
- Verliert der Sozialstaat seine Rolle beim Ausgleich ungleicher Einkommensverteilung?
- Welche Bedeutung hat die öffentliche Daseinsvorsorge des Staates für eine gerechte Verteilungspolitik?

Antworten auf diese Fragen schließen ein, dass wir uns erneut über die Züge des modernen Kapitalismus verständigen und uns der Grenzen nationaler Regelungen bewusst sind. Es werden Antworten gesucht, die über das Gewohnte hinausgehen und nicht vergessen lassen, dass die Herausforderungen global sind. Die Verteilungsprobleme der Bundesrepublik Deutschland können nicht ohne und erst recht nicht gegen das Elend im größeren Teil der Welt gelöst werden.

Programm:

Freitag

- 17.00 Uhr** Videoclip oder andere Form der Visualisierung des Themas
17.15 Uhr Eröffnung
17.20 Uhr Grußwort Peter Toussaint, 1. Bevollmächtigter der IGM-Mannheim
17.40 Uhr Grußwort PDS
18.00 Uhr Podiumsdiskussion: Neoliberale Verteilungspolitik – zwei verlorene Jahrzehnte für die Gewerkschaften?
 Frank Deppe, Hochschullehrer, Detlef Hensche, letzter Vorsitzender der IG Medien, Heidi Knake-Werner, Parlamentarische Geschäftsführerin der PDS-Bundestagsfraktion, Ursula Schumm-Garling, Hochschullehrerin, Moderation: Richard Detje, Redakteur „Sozialismus“
20.00 Uhr Links trifft sich – Kulturprogramm

Samstag

- 9.00 Uhr** Begrüßung
9.10 Uhr Grußwort PDS
9.30 Uhr Referat und Diskussion
Tarifpolitische Probleme und Perspektiven im Shareholder-Kapitalismus. Michael Wendt, Stellvert. Ver.di-Vorsitzender Bayern
10.45 Uhr Kaffeepause
11.15 Uhr Referat und Diskussion
Ende oder Erneuerung sozialstaatlicher Verteilungspolitik? Dieter Scholz, DGB-Landesvorsitzender Berlin-Brandenburg
12.30 Uhr Mittagspause

13.30 Uhr Forum I

Tarifpolitik. Impulsreferate: Bernd Rie-xinger, ver.di Baden-Württemberg, Helmut Schauer, IG Metall Vorstand, Mag Wobel, Labour-Net, Brigitte Zick, ÖTV – Große Tarifkommission. Moderation Gerald Kemski, Sabine Leidig

Forum II

Auf dem Weg zur Aktionärsgesellschaft? Impulsreferate: Antonius Engberding, IG Metall Vorstand, Jörg Hufschmid, Hochschullehrer, Hans See, Hochschullehrer, Peter Schoder, Betriebsrat, Moderation: Angela Grollmisch-Witt, Henry Matthews

Forum III

Ende des verteilenden Staates? Impulsreferate: Karin Gerlich, ver.di-Gewerkschaftssekretärin Duisburg, Christa Luft, Stellv. Vorsitzende PDS-Bundestagsfraktion, Harald Werner, PDS-Parteivorstand, Christoph Butterwege, Hochschullehrer Köln, Moderation: Heidi Pommerenke, Siegfried Deuschle

Forum IV

Öffentliche Daseinsvorsorge als Verteilungspolitik. Impulsreferate: Martina Bunge, Sozialministerin Mecklenburg-Vorpommern, Axel Troost, Memorandum-Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik, Hartmut Limbeck, ver.di-Vorsitzender NRW, Ursula Rummel, ver.di-Gewerkschaftssekretärin Husum. Moderation: Sabine Wils, Kai Deutzmann

- 15.30 Uhr** Kaffeepause
16.00 Uhr Fortsetzung der Foren
18.00 Uhr Auswertung der Foren

New economy

Betriebsversammlung Infineon Zentrale

MÜNCHEN, 1.8.01 – Wer heute um 14 Uhr in die Betriebsversammlung von Infineon in der Balan-Martin-Straße gehen wollte, konnte nur mehr mit Glück einen Stehplatz im überfüllten Saal ergattern. Die MitarbeiterInnen, die nicht mehr eingelassen wurden, setzten sich in die Wiese vor dem Kasino und hörten der Übertragung der Betriebsversammlung zu. Was sie vernahmen mussten, hat sicher nicht zu ihrem Seelenfrieden beigetragen.

Kurz die Fakten: 15 Prozent der Infineon Belegschaft wird weltweit gekündigt, dies betrifft also 5.000 MitarbeiterInnen. Alle ArbeitnehmerInnen, die noch in der Probezeit stehen, werden gekündigt. Davon sind nur soziale Härtefälle ausgenommen.

Am Standort München Balan-Martin-Straße wurden bereits 37 MitarbeiterInnen gekündigt. Der Betriebsrat rechnet bis Ende September mit 500 weiteren Kündigungsschreiben von Infineon.

Die Befürchtung, dass es schlussendlich 1.000 MitarbeiterInnen (das wären 20 Prozent der Belegschaft) von den Kündigungen betroffen sind, konnte vom Finanzvorstand Peter Fischl nicht entkräften.

Fischl führte aus, dass Infineon noch Ende März in einer – wie er es nannte – „Netto Cash Situation“ war und nun mit über 1 Milliarde Mark verschuldet ist. „Um das Cash zu optimieren, muss die Kostenstruktur verbessert werden“, sagte Fischl. Mit den weltweiten Kündigungen von 5.000 Arbeitsplätzen soll insgesamt 250 Millionen Euro eingespart werden. Sehr interessant in diesem Zusammenhang waren die Anmerkungen unserer Kollegen Alfred Eibl und Bernd Heise. Sie wussten davon zu berichten, dass Infineon im letzten Herbst eine Dividende von 400 Millionen Euro an seine Aktionäre ausgezahlt hat, Siemens allein erhielt von diesem Betrag 280 Millionen Euro. Fischl sagte dazu: „Ich habe noch nicht aufgegeben, das Geld zurückzuholen und ich werde mit Herrn Neubürger (Siemens Finanzvorstand Heinz-Joachim Neubürger) darüber reden.“

In einer regen Diskussion wurde kritisiert, dass Infineon trotz Abschwungtendenzen weiterhin auf eine Expansion gesetzt habe. Sogar im Juli wurden in der Balan-Martin-Straße neue MitarbeiterInnen aufgenommen. Irgendwie scheint auch die Kommunikation innerhalb des Unternehmens verbesserungswürdig zu sein. So zitierte eine Mitarbeiterin aus einer email des Infineon-Vorstandes vom 4. Juli, in der dieser ankündigte, „alle rechtzeitig, rasch und unbürokratisch über wesentliche Änderungen zu informieren.“

Viele MitarbeiterInnen mussten dann in der Bild am Sonntag vom 22. Juli erfahren, dass Infineon mehrere tausend Leute kündigen will. Am Montag, den 23.

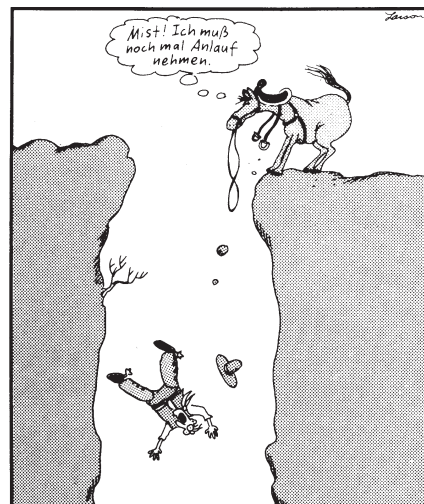
Juli wurde der Betriebsrat in der Früh damit getröstet, dass Infineon keine Neuaufnahmen plane und die Zahl der Leiharbeiter drastisch senken würde. Am Abend des gleichen Tages wurde der Betriebsrat informiert, dass Massenentlassungen geplant wären. Am nächsten Tag wurden dem Betriebsrat von Dr. Ulrich Schumacher gleich 52 Kündigungsersuchen überreicht. Das eigentliche gesetzliche Procedere: Der Betriebsrat wird zu Verhandlungen über den geplanten Stellenabbau eingeladen, ein Interessensausgleich sollte daraufhin verhandelt und ein Sozialplan festgelegt werden. Dieser Ablauf wurde von Infineon ignoriert. Immerhin erreichte der Betriebsrat noch, dass 14 dieser Kündigungsersuchen (alle betroffenen MitarbeiterInnen sind noch in ihrer Probezeit) zurückgezogen wurden.

Mathias Sommerfeld von der IG Metall, forderte in diesem Zusammenhang, keine weiteren Kündigungen auszusprechen bis die Verhandlungen mit dem Betriebsrat und der IG Metall abgeschlossen seien. Einige der wichtigsten Punkte des offenen Briefes der IG Metall an Dr. Schumacher: 1) Die Zurückführung der 40-Stunden-Verträge auf die gesetzliche 35-Stunden-Woche, verbunden mit der Schaffung von Langzeitkonten durch Anpassung des Ergänzungstarifvertrages; 2. Vereinbarung von Kurzarbeit, eventuell auch im Entwicklungsbereich sowie 3. Anwendung des Tarifvertrages zur Beschäftigungssicherung (Reduzierung der Arbeitszeit um bis zu 6 Stunden/Woche).

Kleiner Dialog zum Schluss: *Peter Fischl*: Wir haben diesen Brief erst heute mit der Post bekommen, doch Dr. Schumacher ist heute außer Haus. *Stimme eines Mitarbeiters*: Aber Herr Schumacher hat doch sicher ein Handy? *Peter Fischl*: Guter Einwand!

cr

Aus: Siemens-dialog ist ein online Journal der IG Metall für die Beschäftigten im Siemenskonzern



Wirtschaft drängt auf Senkung der Sozialabgaben. – HB, Dienstag, 14.8.01. – Reformverweigerung,

Leistungsausweitungen und falsche Weichenstellungen kennzeichneten die Politik in den sozialen Sicherungssystemen, so BDA-Präsident D. Hundt, der die Bundesregierung aufforderte, alles in ihren Kräften Stehende zu tun, die Beitragssätze doch noch in dieser Legislaturperiode unter 40% zu senken. D. Philipp, Handwerkspräsident, forderte, den Rentenbeitrag langfristig auf 18% zu senken und den Arbeitgeberanteil für die Krankenkassen auf 6% fest zu schreiben.

Hilfe für deutsche Firmen im Ausland.

– HB, Donnerstag, 23.8.01. – Bei einem Treffen von Bundeswirtschaftsminister Müller und Industrievertretern Ende 2000 entstand der Plan, eine Koordinierungsstelle für Firmen im Ausland zu schaffen. Hilfe bekommen sie in Staaten, in denen die Politik starken Einfluss auf die Wirtschaft oder die Auftragsvergabe nimmt. Unterstützung bietet Müller auch bei Übernahmeversuchen deutscher Unternehmen im Ausland oder für den Fall, dass Drittstaaten das Auslandsgehalt einer deutschen Firma zu verhindern versuchen. Sowohl BDI als auch DIHT begrüßten die Pläne Müllers, äußerten sich aber besorgt über eventuelle Kürzungen für die Auslandshandelskammern und die Auslandsmesseförderung durch die Regierung. Die Agentur für Außenwirtschaft müsse sich auch künftig auf ihre Kernaufgabe, die Informationsbeschaffung im Ausland, konzentrieren. „Dazu muss das Netz der Auslandskorrespondenten erweitert nicht etwa gekürzt werden“, forderte Rogowski (BDI-Präsident).

Gesetz gegen Steuerbetrug soll verschärft werden. – HB, Mittwoch, 15.8.01. – Heftige Kritik aus der Wirtschaft

bescherte Wirtschaftsminister H. Eichel die im Gesetzentwurf zur Bekämpfung der Umsatzsteuerkriminalität geplante Erweiterung der Betriebsprüferrechte. Deswegen wurden die Pläne abgemildert. Jetzt können die Betriebsprüfer unangemeldet nur noch Umsatzsteuer-Prüfungen vornehmen. Planmäßig nicht abgeführte Umsatzsteuer soll schärfer geahndet werden. Neue Firmen müssen sich nun während der ersten zwei Jahre die Umsatzsteuer monatlich statt vierteljährlich anmelden. Nach Einschätzung des DIHT wird das Gesetz vor allem Existenzgründern sowie kleinen und mittleren Unternehmen schaden. Statt neuer Vorschriften müsse die Umsatzsteuerverwaltung schlagkräftiger gemacht werden.

Presseauswertung: rst

Bürgergesellschaft in der Fabrik?

In der Diskussion des Wirtschaftskurses ging es diesmal um die Gegebenheiten der großen Industrie. In den modernen kapitaldominierten Gesellschaften bieten die Förderung von Genossenschaften und die Entwicklung der kommunalen Wirtschaft Ansätze für emanzipative, linke Politik. Aber was ist mit der kapitalförmig, in privatrechtlichen Formen betriebenen Wirtschaft, in dem der große Teil der Konsum- und Investitionsgüter erstellt wird? Wenn Reformpolitik im Rahmen der demokratischen Republik eine Chance haben soll, dann muss eine Auseinandersetzung mit der Kapitaldominanz hier, auf ihrem eigenen Boden geführt und ihr Herrschaftsanspruch gebrochen werden. In der neueren Diskussion der Gewerkschaften und ihnen nahestehender politischer Publizisten werden in dieser Hinsicht große Erwartungen gehegt: Eine Beschreibung, die für viele stehen kann, liefert der bekannte gewerkschaftsnahe Soziologe Schumann in der Zeit von 23.11.2000:

„Neben Herrschaftscharakter der Produktion treten die Tendenz zur

Selbstorganisation in der Arbeit und die Kreativität im Wettbewerb hervor.

Damit verlieren die skeptischen Ausdeutungen des Verhältnisses von Ökonomie und Gesellschaft ihre Eindeutigkeit: Selbstbestimmung und Selbstverantwortung, Freiheit und Gleichheit erscheinen nicht länger notwendig beschränkt auf die ‚Lebenswelt‘ der zivilen Bürgergesellschaft, abgetrennt von der Arbeitswelt und ihren unveränderbaren, systembedingten Mühsal und Plackerei. Sie können auch in die Marktökonomie selbst eingelassen werden, wenn entsprechende Tendenzen politisch unterstützt werden.“

Um es gleich vorweg zu sagen, in der Diskussion des mit über zwanzig Teilnehmenden gut besuchten Kurses Wirtschaft der linken Schule¹ kamen wir am Ende zu dem Ergebnis, dass solche Hoffnungen übertrieben sind und nicht begründet werden können. Hingegen wäre ernstlich zu prüfen, ob die neuen Gegebenheiten nicht erlauben, in der großen Industrie die Wahrung der Menschen-

würde der Beschäftigten zu verankern als Prüfstein ihrer Organisationsprozesse und Schranke des Direktionsrechts. Dabei gingen wir davon aus, dass das System von Führung und Gefolgschaft, das in der kapitalistischen Industrie nunmehr zweihundert Jahren normensetzend besteht, mit der Menschenwürde nicht vereinbar ist.

Große Industrie – was heißt das heute?

Geht man davon aus, dass letztlich das Streben nach Befriedigung ihrer je eigenen Bedürfnisse die Menschen aneinander bindet, vergesellschaftet², so zeigen sich in der modernen, durch Weltmarkt und weltweite Arbeitsteilung geprägten Gesellschaft große Bedürfnisse, die nur mit den Mitteln der großen Industrie befriedigt werden können. Unter einem großen Bedürfnis wird hier verstanden, dass es von vielen gefühlt und eingefordert wird (z.B. Mobilität, Auto, Verkehr, Energie). Große Industrie heißt, dass große Vorleistungen und eine große Zahl von Arbeitskräften eingesetzt werden müssen, um zum Ziel zu kommen.

IN UND BEI
DER PDS

In einem Interview mit der Hamburger *Morgenpost* äußerte sich Gregor Gysi erstmals zu den Wahlen in Hamburg mit der Erklärung: „Ich unterstütze ‚Regenbogen‘, nicht die PDS“. Wie berichtet, hat die zu jeder Kooperation unfähige studentische Liste Links die Kandidatur der PDS zu den Wahlen am 23.9. durchgedrückt und damit die Chance verringert, dass sich in der nächsten Bürgerschaft linke Opposition zu Wort meldet. Lange vor dem Beschluss zur PDS-Kandidatur hatte sich in der Hamburger Linken die Tendenz zur Zusammenarbeit durchgesetzt, viele sich auf die Unterstützung der offenen Liste von Regenbogen verständigt. Die Liste Links, die die Auseinandersetzung mit Landes- und kommunalpolitischen Fragen für unwichtig und „rechts“ hält, spekulierte erklärtermaßen darauf, dass der Berliner Wahlkampf auch der PDS in Hamburg einen Stimmenaufschwung einbringt und dass sie mit einem guten Hamburger Wahlergebnis ihren Führungsanspruch in der PDS unterstreichen kann.

Gysi hat sich in der Presse inzwischen mehrfach zu den Hamburger Wahlen geäußert. Er wird auch am 7. September an zwei Wahlveranstaltungen von Regenbogen auftreten, u.a. auf dem Hamburger Gänsemarkt. Die öffentlichkeitswirksamen Erklärungen von Gysi werfen eine spannende Frage auf: Werden sich die Ansätze zu einer Koopera-

tion der PDS mit dem linksgrünen Regenbogen auf die Wählerinnen und Wähler auswirken und v.a. auf das Wahlverhalten potenzieller PDS-Wähler Einfluss nehmen?

Wir dokumentieren ein Interview Gysis, das am 25.8. unter der Überschrift „Gregor Gysi wirbt in Hamburg für Regenbogen-Gruppe“ im Hamburg-Teil der *Welt* erschien.

Die WELT: Warum machen Sie für die Regenbogengruppe Wahlkampf und nicht für die Hamburger PDS?

Gregor Gysi: Im Hamburger Landesvorstand der PDS haben sich derzeit die Leute durchgesetzt, die eine andere Politik als die der PDS, die eigentlich sogar eine andere Partei als die PDS wollen. Dagegen vertritt der Regenbogen in Hamburg Ziele, die denen der gesamten PDS sehr ähnlich sind, und auf ihrer Liste kandidieren auch PDS-Mitglieder, die sich in Hamburg seit Jahren für originäre und bürgernahe Politik engagieren.

Die WELT: Was spricht für Regenbogen, was gegen den Hamburger PDS-Landesverband?

Gysi: Für den Regenbogen spricht, dass er für eine zukunftsfähige linke Politik steht. Er engagiert sich für soziale und umweltpolitische Ziele, die die GAL im Hamburger Senat nicht mehr vertritt. Zudem ist er offen strukturiert und wird

meines Wissens von vielen organisierten linken Kräften in Hamburg unterstützt. Auch von mir und dem PDS-Parteivorstand. Nicht jedoch vom Hamburger PDS-Landesvorstand, der gegen seine erfolgreiche Abwahl wegen vermeintlicher Formfehler vor die von ihm geschmähte „Klassenjustiz“ zog und sich ins Amt wiedereinklagte. Dieser Vorstand, der an sich mit der PDS-Politik nichts am Hut hat, tritt nun als PDS bei der Bürgerschaftswahl an. Anachronistisch, aber wahr.

Die WELT: Die Grünen-Spitzenkandidatin Krista Sager hat Regenbogen als Steigbügelhalter für den Rechtspopulisten Ronald Schill bezeichnet und gefordert, wer Schill verhindern wolle, der müsse GAL wählen.

Gysi: Solche Vorwürfe werden regelmäßig von politischen Konkurrenten gemacht, weil sie um ihre Wiederwahl fürchten müssen. Bei der letzten Bundestagswahl hieß es übrigens von den Grünen, wer die PDS wählt, verhindert den Wechsel. Und? Die GAL hätte es mit einer vernünftigeren Politik in den letzten Jahren in der Hand gehabt, ihr eigenes Wählerklientel nicht zu verprellen und auszubauen. Stattdessen müssen sie nun ihre linken Konkurrenten fürchten. Falls Herr Schill erfolgreich sein sollte, dann liegt das an der verfehlten Landespolitik, nicht an Regenbogen.

Ein solcher Prozess kann nicht nach dem Verfahren von Versuch und Irrtum angegangen werden. Wo große Industrie ins Ungewisse hinein betrieben wird, können die Folgen ökonomisch ruinös und – siehe Atomkraft – physisch lebensgefährlich sein.

Es ist deswegen nicht umstritten noch neu, dass Unternehmen großer Industrie planmäßig durchgeführt werden müssen. Neu ist allerdings, dass Planungen erforderlich werden, deren Umfang das Vorstellungsvermögen einer einzelnen Person übersteigt. Es ist im Grunde nicht umstritten, dass ein Plan, etwa wie die Platzierung eines neuen Automobilwerkes, heute nur noch durch eine ganze Schar differenziert ausgebildeter Spezialisten vorgestellt werden kann. Sobald und soweit dies eintritt, kann sich das unternehmerische Vorhaben nicht mehr als visionäre Idee im Unternehmerkopfe entwickeln. Der Blick für die neue Kombination wirtschaftlicher Potenzen, mit dem Theoretiker der Volkswirtschaftslehre³ Unternehmer auszeichnet, erschließt sich nur noch aus der Sichtung der Daten durch ein Team von Spezialisten. Der mitreißende industrielle Führer, der noch von Sombart und Schumpeter als zentrale Figur des Wirtschaftsgeschehens stilisiert wird, verliert an realer Bedeutung, ein Anzeichen dafür ist die Reklame, die diese Personengruppe nötig hat.⁴

Der Unternehmer wird in seiner industriellen Funktion zunehmend ersetzt durch eine Schar spezifisch gebildeter Spezialisten, die allerdings alle zusammen, trotz ihrer Kompetenz, nicht das letzte Wort haben. Das haben die Kapitaleigner und schon hierdurch sind der Selbstbestimmung selbst in den höchsten Managementzonen enge Grenzen gezogen.

Wenn es auch dahin gekommen ist, dass die Gegebenheiten des großindustriellen Prozesses die Figur des diktatorischen Betriebsführers obsolet machen, ist es irrig, daraus zu folgern, es könne nun Freiheit & Gleichheit walten. Die inneren Organisationsnotwendigkeiten der Arbeitsprozesse der großen Industrie bieten wenig Raum dafür.

Der große und genaue Plan, auf dem eine industrielle Unternehmung basiert, setzt eine große Disziplin voraus. Schon im Stadium seines Entstehens ist genaueste Dokumentation der einzelnen Schritte erforderlich und keiner der Beteiligten darf einen Schritt ohne Rücksicht auf die Schnittstellenbedingungen tun, die vorgegeben sind. Die dabei erforderliche Aufmerksamkeit für Kooperationszusammenhänge sollte man aber nicht mit einem spielerischen oder künstlerischen Tun verwechseln. Die Arbeitenden folgen einem Zweck, den sie sich nicht selbst vorgesetzt haben. Es soll nicht bestritten werden, dass die eigenverantwortliche Ausführung von Aufträgen in eigener Kompetenz etwas anderes ist als die Befolgung detaillierter Hand-

lungsanweisungen. Dennoch bleibt es ihre Bereitschaft, aufmerksam und findig ihre eigenen, persönlichen Fähigkeiten für solch fremde Zwecke einzusetzen, die ihre Brauchbarkeit für den Prozess ausmacht. Dennoch bleibt in solchen Arbeitszusammenhängen das Urteilsvermögen der Arbeitenden gefordert. Eigenschaften, die in der wirtschaftswissenschaftlichen Literatur dem Unternehmer zukommen, werden für abhängig Beschäftigte nötig.

Die Arbeitsweise der großen Industrie prägt sich seit eh und je der gesamten arbeitenden Gesellschaft auf. Auch in Unternehmen kleinen Zuschnittes finden sich zunehmend Momente des modernen Arbeitsprozesses. Es entsteht die moderne Industrie, deren Kennzeichen ist, dass die arbeitenden Personen über den Arbeitsprozess, in dem sie arbeiten, Daten erfahren, dass sie diese Daten bewerten und dass sie sich über diese Daten austauschen. Kompetenz und Kommunikation werden für das Gelingen der modernen Arbeitsprozesse immer wichtiger, aber die Zuschreibung von Urteilsvermögen an die Beschäftigten steht im Gegensatz zum Direktionsrecht und der daraus abgeleiteten Kette autoritärer Vorgesetztenverhältnisse. Es kommt zu Spannungen, die Formwandel in der Arbeitsorganisation erzeugen und institutionalisieren.⁵

Die spannungsgeladene Beziehung zwischen der erwarteten eigenständigen Beurteilung und der geforderten striktesten Einhaltung von Vorschriften erzeugt bei den großen Unternehmen die Tendenz, Aufgaben an eigenverantwortliche Subunternehmer auszugliedern, die Termintreue und Einhaltung von Qualitätsanforderungen per Vertrag garantieren. Allerdings lassen solche Leute sich die damit gegebenen Risiken und Anstrengungen auch bezahlen.

Alles zusammengekommen bleibt in der großen Industrie die Kapitaldominanz mächtig, weil und soweit das Verhältnis von Aufwand und gesellschaftlichem Bedürfnis in der Form des bilanzierenden Wirtschaftsunternehmens gemessen werden muss und weil und so weit große Bedürfnisse eine große Produktion erfordern, die einen großangelegten Plan voraussetzt, dessen Erarbeitung und Ausführung strikteste Disziplin verlangt.

In solchen Verhältnissen für menschliche Emanzipation und Entwicklungschancen einzutreten, ist gleichwohl nicht aussichtslos, wenn man den Blick auf die strukturellen Schwächen der großen Industrie richtet:

Die erste wurde bereits oben besprochen. Es ist in immer weniger praktischen Fällen möglich, dass eine sog. Unternehmerpersönlichkeit eine gesellschaftlich interessante und aussichtsreiche Kombination von Wirtschaftsfaktoren vorausahnt und also Vision im Kopfe vorwegnimmt. Die Innovation setzt vielmehr und zunehmend den eher offe-

nen Diskurs von Spezialisten über die Daten voraus. Die Figur der alleswissenden und alleskönnenden führenden Person war natürlich immer schon problematisch, jetzt indessen wird sie besonders angesichts großindustrieller Prozesse fiktiv.

Eine zweites Problem der heutigen großen Industrie ist, dass sie nicht nur wie schon immer auf den ordnungspolitischen Rahmen angewiesen ist, den ihr die Staatsgewalt sichert. Die heutige Industrie benötigt darüber hinaus infrastrukturelle Vorleistungen, die nur die Öffentlichkeit bereitstellen kann, so dass ihre materiellen Voraussetzungen politisch beeinflussbar werden.

Ein drittes und noch gravierenderes Problem ist, dass die große Industrie die Arbeitskräfte, die sie zu ihrem Funktionieren benötigt, in ihrem eigenen Arbeitsprozess nicht hervorbringt. Sie braucht durch Schule und Studien vorgebildete, durch Prüfungen zertifizierte Leute, die sich – in einem gezogenen Rahmen – dennoch ein eigenes, fachliches Urteil zutrauen.

So steht die kapitaldominierte Industrie in ihrer strahlenden Dominanz auf tönernen Füßen. Die Kapitaleite, die der Produktion Sein und Richtung vorgibt, kann die Bedingungen des Produktionsprozesses nicht selbständig erfassen, sondern braucht das fachlich kompetente, bis zu einem gewissen Grade unabhängige Urteil abhängiger Fachleute, muss ihnen befehlen, während sie auf sie hört.

Zweitens sind infrastrukturelle Vorleistungen der Öffentlichkeit für sein Gedeihen unabdingbar, und die Gestalt dieser Vorleistungen (Straßen, Kommunikationswege, Städtebau und Raumordnung usw.) kann die Kapitaleite nicht ihren Vorstellungen gemäß auf dem Anordnungswege setzen, sie muss sich dazu mit der ganzen Öffentlichkeit auseinandersetzen. Das Kapital kann hier im Medium der öffentlichen Meinung, das ihm fremd und naturzuwider ist, gestellt werden und muss sich einer Entscheidung durch Wahlen beugen.

Drittens kann der Betrieb der großen Industrie die Arbeitskräfte nicht heranzubilden, die er zu seiner Fortdauer braucht. Es sind dazu Schulen und Hochschulen erforderlich. Greift man auf die Bourdieusche Konzeption der Arbeitskraft als „kulturelles Kapital“ zurück, ergibt sich, dass die moderne Produktion solches kulturelles Kapital immer weniger erzeugt und immer mehr verbraucht. Wenn aber die Industrie ihre Arbeitskräfte nicht lehren kann, was sie von ihnen wissen will, wird ihre dominierende Anspruch anrühlich.

Der Eingangs zitierte Schumann meint in demselben Zeit-Artikel zum Schluss:

„Doch die skizzierten neueren Entwicklungen der Arbeitsgesellschaft sind es wert, von der Politik aufgegriffen zu werden – um auch im Be-

reich des Arbeitslebens die zivilen Bürgertugenden zu stärken. Eine überzeugende Gesellschaftsvision bedarf der Verknüpfung des Systems der Arbeit mit dem der Lebenswelt.

Erst so wird das Konzept der Bürgergesellschaft vollständig“.

Wir wollen die Sache mit den Bürgertugenden nehmen, wie sie Schumann nicht meint. Die Erste Tugend des Bürgers ist, das Seine zu behaupten. In einer der nächsten Ausgaben soll erörtert werden, wie die herrschende Ordnung des Eigentums, die die ganze Gesellschaft durchzieht, von den oben angeschnittenen Entwicklungen des Arbeitsprozesses in Mitleidenschaft gezogen wird. Eine einfache Übertragung der zivilen Stellung mündiger Bürger auf die arbeitsrechtliche Stellung lohnabhängiger Arbeitnehmer ist nicht nur der Möglichkeit nach unwahrscheinlich, eine solche Vorstellung ist auch riskant: Definiert man die Bürgergesellschaft wie einen irgendwie reformiert gedachten Betrieb, bleibt die Demokratie auf der Strecke. Schumanns Forderung der Verknüpfung ist zweifellos gut gemeint, aber auch unter anderen Vorzeichen vorstellbar.

In unserer Diskussion hat es sich bewährt, auf die Bedeutung zurückzukommen, die die klassische Philosophie, namentlich Kant, dem Eigentum an Sachen zuschreibt. Darüber wird in einer der nächsten Ausgaben berichtet.

Martin Fochler

Positionen gegen die kapitalistische Weltwirtschaft

Wie in der letzten Nummer der PB schon angekündigt, hier nun ein weiterer Überblick zu der Globalisierungsdiskussion der Linken. In diesem Teil haben wir uns auf 3 Dokumente der Gewerkschaftsbewegung konzentriert. Zwei Dokumente aus Italien zeigen den Diskussionstand „nach Genua“, das dritte Dokument kommt aus deutschen Gewerkschaftskreisen und wurde im April diesen Jahres veröffentlicht

Das erste Dokument stammt von den Cobas. Die Cobas wurden Ende der 80er-Jahre von enttäuschten ehemaligen CGIL-Aktivist*innen gegründet wurden. (Die CGIL war damals die der italienischen KP nahestehende Gewerkschaft.) Sie haben vor allem im Bereich der (sehr schlecht bezahlten und unter miserablen Bedingungen arbeitenden) Lehrer*innen, aber auch bei der Telecom Italia, in großen Automobilwerken, unter Arbeitslosen und prekär Beschäftigten (z.B. den LSUlern, d.h. den italienischen ABM-Kräften) starken Einfluss. Die Confederazione Cobas ist im Übrigen ein erst vor knapp einem Jahr geschaffener Dachverband,

der allerdings nicht alle Cobas vereint. Daneben existiert z.B. noch der SLAI Cobas, die Lokführergewerkschaft COMU und – etwas institutionalisierter und etwas gemäßigter – die Confederazione Unitaria di Base (Einheitskonföderation der Basis – CUB), die der größte Zusammenschluss im Bereich der bunt-scheckigen und regen italienischen Basisgewerkschaftsbewegung ist und deren Stellungsnahme wir im Anschluss bringen.

Das zweite Dokument kommt aus den Reihen des radikalsten und am meisten basisnahen Teil des linken Flügels des größten italienischen Gewerkschaftsbundes CGIL, der am wenigsten den Charakter einer Apparatlinken hat, der Coordinamento Nazionale delegate/i RSU (die Nationale Koordination der RSU-Delegierten, die ihrerseits eine Mischung aus Betriebsräten und gewerkschaftlichen Vertrauensleuten sind).

Zum Schluss eine Einschätzung führender Gewerkschafter aus der neuen Gewerkschaft ver.di.

hav

Konföderation der COBAS

Nach den Tagen von Genua...

Vor allem anderen (steht /d.Ü.) der Schmerz, die Erschütterung, die Wut und die Trauer um den jungen Genossen Carlo Giuliani (23 Jahre), der am 20. Juli in Genua von den Carabinieri der schwarzen Regierung Berlusconi getötet wurde.

270 Verhaftete (von denen über 150 bereits wieder aus dem Gefängnis entlassen wurden – darunter unser Genosse aus der nationalen Exekutive Raffaele Dalla Corte) und ca. 700 Verletzte. Das ist die wüste Bilanz der Polizeibarbarei in Genua, die mit fürchterlicher Effizienz die wirkliche Kriegserklärung und Kriegspraxis der G8 und der Regierung Berlusconi gegen die anti-wirtschaftsliberale Bewegung zum Ausdruck bringt.

Die bestialische Repression tendiert dazu, die politische Dürftigkeit und das Scheitern dieses G8-Gipfels zu verdecken, der ein Gefangener der Diktate von Bush geblieben ist und dem Süden der Welt einige Krümel spendiert hat, die von den wachsenden Zinsen, die sich weiterhin auf den Schulden der ärmsten Länder anhäufen, sofort zunichte gemacht werden.

Gegenüber dem kriminellen Wüten des bewaffneten Armes des Neoliberalismus ragt eine extrem ausgedehnte und untergliederte (Arbeiter*innen, Arbeitslose,

prekär Beschäftigte, Studenten und sehr viele Jugendliche) Massenbewegung auf entschieden anti-wirtschaftsliberalen Positionen und mit antikapitalistischen Kennzeichen empor: Am Donnerstag, den 19. Juli, waren 50 000 auf der Straße, um für das Recht der Immigrant*innen auf Bewegungsfreiheit, Arbeit, Wohnung, Gesundheit und Bildung einzutreten. Am Freitag, den 20. Juli, haben ungefähr 40 000 versucht, die rote Zone, in der die Herren der Welt sich eingeschlossen hatten, zu belagern / zu stürmen. Und am Samstag, den 21. Juli, haben 300 000 ihren Zorn über die mörderische Politik der G8 und die Tötung des Genossen Carlo demonstriert.

Zum ersten Mal sind in Italien Hunderttausende von Leuten, ohne die Unterstützung der sozialpartnerschaftlichen Gewerkschaften und jener Linksdemokraten (DS), die die Organisatoren des G8-Gipfels waren und die nunmehr auf das Gestammel reduziert sind, wenn es ihnen nicht gelingt, den Gegengesang zum Herren von Arcore (Silvio Berlusconi /d.Ü.) anzustimmen, auf die Straße gegangen.

Das ist die außergewöhnliche materielle und politische Tatsache, die aus diesen Kampftagen hervorgeht: Eine große Massenbewegung, die denen, die sich die Macht auf der Erde anmaßen, die der Regierung des schwarzen Kavaliers (Berlusconi /d.Ü.) und der Mitte-Linken, die sich nunmehr in der Krise der Regierungsabstinz befand, Angst macht.

1 s.a. Ankündigung in den *Politischen Berichten* Nr. 14/2001

2 Diese Erkenntnis stand in gewisser Weise am Beginn des heutigen politischen Diskurses im alten Griechenland: „Ein Staat entsteht, wie ich glaube ... deshalb, weil keiner von uns auf sich allein gestellt sein kann, sondern vieler anderer bedarf. Oder glaubst Du an einen anderen Ursprung des Staates?“ „Nein!“ (...) „Nun wollen wir in Gedanken einen Staat von Anfang an entstehen lassen. Es schafft ihn aber, so glaube ich, unsere eigene Bedürftigkeit?“ „Nicht anderes!“ Platon, *Der Staat*, Zweites Buch, 369b-c, Philipp Reclam Jun. Stuttgart 1982

3 „Hier kommt es für den Erfolg auf den ‚Blick‘ an, auf die Fähigkeit, die Dinge in einer Weise zu sehen, die sich dann hinterher bewährt, auch wenn sie im Momente nicht zu begründen ist, und das Wesentliche schnell und das Unwesentliche gar nicht auffasst, auch wenn und gerade dann, wenn man sich über die Grundsätze, nach denen man dabei verfährt, keine Rechenschaft geben kann.“

Joseph Schumpeter, *Theorie der wirtschaftlichen Entwicklung*, Duncker und Humblot Berlin, 9. Auflage, 1997 Seite 125

Sombart, „*Der Bourgeois*“

4 Einen Bedeutungsverlust signalisiert wohl auch das Auftauchen der Unternehmerfigur im Programmentwurf einer sozialistischen Partei. So beschreibt den Hai nur, wer ihn im Aquarium wäht. Parteiprogramm der PDS, Entwurf der Programmkommission (www.pds-online.de).

5 Die Explosion des Zeitfaktors „Besprechung“ im modernen Arbeitsleben gibt dafür einen Anhaltspunkt. Wann und wer hätte vor zwanzig, dreißig Jahren etwas mit dem Vorgesetzten „zu besprechen“ gehabt?

Deshalb wird gegen eine derartige Bewegung die Gewalt der Rowdys in Uniform entfesselt, die Carlo getötet haben, die Hunderte von Jungen und Alten massakriert haben, die Demonstrationen vergast haben, indem sie Tränengas von den Dächern und aus den Hubschraubern auf die wehrlose Menge schossen bis hin zu der unglaublichen Schlächterei à la Pinochet, die in der Diaz-Schule mit wissenschaftlicher Präzision organisiert wurde, als die Demonstrationen bis auf einen Rest bereits beendet waren.

Die Medien haben bezüglich der Tage von Genua zum großen Teil alles im Mörser miteinander vermischt und zerstoßen und damit die wilden Gewalttaten bis hin zum Mord durch die Schläger in Uniform gerechtfertigt, die nach ihrer Darstellung durch die verwerflichen Verwüstungen der Schwarzen Blöcke verursacht wurden. Aber das Hauptproblem ist die „schwarze Regierung“ und nicht der „schwarze Block“.

Die Tatsache, dass einige Tausend (nicht Dutzende und nicht Hunderte) von Jugendlichen der Meinung sind, dass man den anti-wirtschaftsliberalen Kampf führt, indem man Banken und Schaufenster kaputtschlägt, ist für die ganze Bewegung eine ernste und schwerwiegende Sache. Wehe dem, der das Problem aus der Welt schaffen will, indem er sich darauf beschränkt, die Anwesenheit von Provokateuren und eingeschleusten Polizisten zu beklagen, die es gegeben hat, die aber nicht das Phänomen hervorbringen. Wir stehen vor einem komplexen sozialen Problem, das ebenso schwierige wie unerlässliche Vorschläge zur Transformation des Bestehenden verlangt, die überzeugend und glaubwürdig erscheinen. Aber gleichzeitig muss die Tatsache angeprangert werden, dass die Regierung den schwarzen Block zynisch benutzt hat, um die imponierende Massenmobilisierung anzugreifen, um sie auseinander zu treiben und um die Anwesenheit von 300 000 Leuten auf der Straße zu eliminieren.

Die COBAS haben sich zusammen mit dem Netzwerk für die globalen Rechte innerhalb der anti-wirtschaftsliberalen Bewegung mit Leidenschaft und politischer Kraft dafür eingesetzt und haben mit den thematischen Plätzen immer versucht gegenüber den sterilen Diskussionen über die für die Medien appetitlichsten Formen des Protestes die Kampfhaltungen überwiegen zu lassen, deren Träger die Arbeitenden, prekär Beschäftigten, Arbeitslosen und Immigranten sind.

Die COBAS sind in der Zurückweisung der Versuche politischer Patronage der Antiglobalisierungsbewegung durch die DS unnachgiebig gewesen. Gleichzeitig sind sie bei dem Versuch, Zehntausende von Werktätigen und Studenten zu verteidigen, die in unsere Demonstrationen eingeblendet sind, verantwortlich und entschlossen gewesen und haben Distanz zu fremden Gruppen gehalten, die in unsere Reihen einsickern wollten.

Die COBAS unterstreichen den

schwerwiegenden Tatbestand der von der Regierung Berlusconi in Gang gebrachten autoritären Passage, die sich im Gleichschritt mit ihrem Programm bewegt, das das Programm der vorangegangenen (Mitte-„Links“- /d.Ü.) Regierung in Sachen soziale Restauration, Angriff auf das Demonstrations- und Streikrecht, Flexibilität, Prekarisierung und Privatisierungen vertieft und verschärft.

Ein solcher Angriff kann zurückgeschlagen werden, indem die anti-wirtschaftsliberale Bewegung gestärkt und die Mobilisierung in den Arbeitsstätten und auf dem Territorium ausgeweitet und ab September die sozialen sowie die Kämpfe der Arbeitswelt für die Tarifverträge, gegen die Privatisierung der Schule und des Gesundheitswesens, gegen die Prekarisierung, gegen die Umweltzerstörung, gegen den Föderalismus des Kapitals an der Seite der Immigranten neu lanciert werden.

Heute gehen die COBAS erneut auf die Straße, um an den Genossen Carlo Giuliani zu erinnern: Gegen die Regierung Berlusconi und für die sofortigen Rücktritte des Innenministers Scajola, des Polizeichefs De Gennaro und des Chefs der Carabinieri, Siracusa.

Wir leben, um die Könige / Magnaten mit Füßen zu treten !

Confederazione Cobas (25.7.2001)

Übersetzung und Anmerkungen: Antifa-AG der Uni Hannover und Gewerkschaftsforum Hannover

Originaldokument: (www.cobas.it).

1 Der von der Confederazione Cobas hier verwendete Begriff „antiliberalista“ bedeutet direkt übersetzt: anti-freihändlerisch. Das beinhaltet zwar einen Teil der Motivationen der Anti-Globalisierungsbewegung, aber durchaus nicht alle, da es außer um die Gestaltung des Welthandels und des internationalen Kapitaltransfers dabei ja auch um „Binnenprobleme“ wie Flexibilisierung der Ausbeutungsverhältnisse, prekäre Beschäftigung, Sozialabbau, Kürzungen im Rentensystem etc. geht. Die Übersetzung mit anti-wirtschaftsliberal schien uns, trotz aller Holprigkeit, daher angemessener weil umfassender, denn weder anti-liberal (anti-liberale) noch anti-neoliberal (anti-neoliberaliste) hätte es exakt getroffen.

Coordinamento Nazionale delegate/i RSU

Erklärung

Genua hat gezeigt, dass die Werte der Linken, der Demokratie und der Solidarität nicht besiegt worden sind. Genua hat gezeigt, wer die wahren Feinde der Demokratie und der Freiheiten sind. Genua hat gezeigt, dass wir vereint siegen können.

Die Regierung hat die Provokationen in die Tat umgesetzt, die man erwartet hatte. Ein Toter, über 600 Verletzte und fast 300 Verhaftete unter den Demonstranten des Genoa Social Forum (GSF). Mit dem provokatorischen nächtlichen Angriff auf das GSF hat sie nun einen Schritt nach vorn gemacht ... im Versuch, das GSF und alle in Genua präsenten

Kräfte durch angeheuerte Provokateure zu kriminalisieren und zu assimilieren. Das ist dieselbe Strategie wie die, mit der man versucht, jene gewerkschaftlichen Kräfte zu marginalisieren und zu isolieren, die sich dem Abdriften ins Neokorporative widersetzen, das die neue Regierung auch auf dem Gebiet der gewerkschaftlichen Beziehungen durchsetzen will ...

Die Geschehnisse von Genua und das,



Am 20. August fanden im Rahmen eines Aktionstages im Inland und Ausland zahlreiche Proteste für die Freilassung der noch Inhaftierten statt. Bilder: Berlin ...

was im Folge dessen passiert, zeigen den Fehler der Mehrheit der Leitungsgruppe der (größten und früher KP-nahen italienischen Gewerkschaftszentrale /d.Ü.) CGIL, die sich nicht an der Bewegung und an der Demonstration gegen den G8-Gipfel beteiligt und die das Niveau des Angriffes nicht begriffen hat, wie er – übrigens bezüglich der Themen Arbeit und Lohn – gegen die Demokratie in unserem Land geführt wird. Bezüglich solch bedeutender Themen, die alle Elemente des gegenwärtigen gegen diese Gewerkschaft eröffneten Angriffes beinhalten, trägt die größte italienische Gewerkschaft die Verantwortung dafür, nicht durch ihre Anwesenheit die Unversehrtheit Tausender Werktätiger legitimiert und garantiert zu haben, die – auch auf den Aufruf der (CGIL-Metallarbeitergewerkschaft /d.Ü.) FIOM, diverser Kammern der Arbeit (Bezeichnung für die CGIL-Kreisvorstände /d.Ü.), der CGIL-Gewerkschaftslinken und der Basisgewerkschaften hin – an der Demonstration teilgenommen haben. Aber sie trägt auch die Verantwortung dafür, jene Einheit von Zielen nicht gefördert zu haben, die die Grundlage des Kampfes für die Arbeit und den Lohn und für den Kampf gegen die Globalisierung bilden.

Eine Verantwortung, die auch für das absurde Verhalten der Linksdemokraten (DS) gilt, die die Straße verlassen und der ersten Provokation der Regierung nachgegeben haben, da sie die Tragweite und die Triftigkeit der vorhandenen Bewe-

gung nicht anerkannt und nicht legitimiert sowie die Tragweite der politischen und sozialen Auseinandersetzung nicht begriffen haben, die sich um die Demokratie selbst dreht.

Genua hat allen klar gemacht, was auf dem Spiel steht

Um die Ziele der Demokratie und der Freiheit herum muss man heute dringend eine (Forderungs-) Plattform neu lancieren, an deren Spitze die Arbeiterbewegung und ihre Organisationen stehen und die in der Lage ist, die Organisation einer breiteren Bewegung einzuleiten, diese zu unterstützen und ihr zu helfen.

Wir billigen den Vorschlag des GSF für eine Großdemonstration im November in Rom (anlässlich der WTO-Tagung dort /d.Ü.), aber dies darf keine isolierte Initiative sein. Wir müssen die Antiglobalisierungsziele mit den Kämpfen der Arbeitenden in Bezug auf die Tarifverträge verbinden und wir müssen einen Punkt der Bündnisinitiative schaffen, in dessen Mittelpunkt die Verteidigung des Sozialstaates und der Demokratie, angefangen bei den Kämpfen gegen das Haushaltsgesetz der Regierung Berlusconi, steht.

Ausgehend von der Gewerkschaftslinken in der CGIL, der FIOM, den Kammern der Arbeit von Brescia sowie den anderen, die teilgenommen haben, muss man sofort daran arbeiten, die gesamte CGIL zu dieser unaufschiebbaren Notwendigkeit zu bringen und dabei mit der Forderung nach der Beteiligung der gesamten CGIL am GSF und an der Demonstration im November beginnen. Deshalb müssen alle – auch die CGIL – die klassischen sektiererischen Verhaltensweisen aufgeben und ihre Bereitschaft erklären, mit den Basisgewerkschaften und den verschiedenen Seelen der Anti-Globalisierungs-Bewegung zugunsten einer Plattform zusammenzuarbeiten, die der wirtschaftsliberalen / freihändlerischen Politik dieser Regierung und ihrem antidemokratischen Handeln entgegen zu setzen ist.

Die Versammlung der Gewerkschaftslinken am 13. September muss auch dieses Ziel im Kongresskampf (innerhalb der CGIL /d.Ü.) verfolgen.

Nur die Einheit der Bewegung, nur die Einheit der Studenten, der Jugendlichen und der Arbeitenden kann den Plan dieser Regierung durchkreuzen und jene Freiheitsräume garantieren, die jeden Tag mehr geschädigt und beseitigt werden.

Als Coordinamento Nazionale delle RSU (Nationale Koordination der Delegierten in den Einheitlichen Gewerkschaftlichen Vertretungen – in den Betrieben) schlagen wir vor, dass im Mittelpunkt der vom GSF bereits für November angesetzten Demonstration – in



Übereinstimmung mit den Anti-Globalisierungszielen – auch eine einheitliche (Forderungs-)Plattform gegen den Haushalt der Regierung Berlusconi und für die Verteidigung sowie die Ausweitung des Sozialstaates, der Rechte, der Schutzbestimmungen und der Freiheiten steht.

23. Juli 2001

Die Nationale Koordination der in die RSU'en gewählten Delegierten Übersetzung und Anmerkungen in Klammern: Antifa-AG der Uni Hannover und Gewerkschaftsforum Hannover Originaldokument, ist Ende Juli 2001 auf der Internetseite www.ecn.org/coord.rsu erschienen ist:

Wider die Festlegung auf Standortinteressen

Wenn es nicht gelingt, die sozialen Konflikte zu internationalisieren, bleibt der gewerkschaftliche Kampf erfolglos

Der Triumph der Marktgesellschaft hat die Gewerkschaften ebenso wie die politische Linke in die Defensive gedrängt. Das Glaubensbekenntnis von der Alternativlosigkeit des Marktmodells findet breite Anerkennung. Wichtiger noch: Arbeitslosigkeit, Ausgrenzung und soziale

Spaltung erschweren die kollektive Gegenwehr.

Doch sollten wir darüber nicht vergessen: Die eigene Schwäche ist nicht allein extern verursacht, sie ist auch selbst verantwortlich. Die Theologie der Globalisierung, die politische Gestaltung angeblich keinen Spielraum lässt, beherrscht ja nicht allein deshalb die Köpfe, weil sie in wundersamer Fügung den Renditeinteressen des international agierenden Kapitals entspricht. Es ist ja auch so bequem, einen scheinbar übermächtigen Gegner für die eigene Ohnmacht verantwortlich zu machen und über die eigenen Versäumnisse hinwegzusehen.

Für die Gewerkschaften heißt das, ihr politisches Mandat ernst zu nehmen. Die sozialen Auseinandersetzungen brauchen politische Perspektiven, auch den Mut zu Utopie. Wenn die Teilhabe aller am gesellschaftlich erarbeiteten Reichtum, wenn Autonomie, Emanzipation und Chancengleichheit die Maximen einer menschenwürdigen Gesellschaft sein sollen, muss dies Folgen haben für die Organisation und Verteilung der Arbeit, für die Fortentwicklung und Verbreiterung der sozialen Sicherung, für die Einkommens- und Reichtumsverteilung, für die Ausgestaltung der öffentlichen Infrastruktur.

Kurzum, notwendig sind Gegenentwürfe zum neoliberalen Programm der ungebändigten Renditesteigerung und der kommerziellen Kolonisierung des gesellschaftlichen Lebens. Das von Bourdieu vorgeschlagene Bündnis zwischen Gewerkschaften, sozialen Bewegungen und Intelligenz ist unverzichtbar. Leitbild gewerkschaftlicher Politik können nicht allein die sein, die (noch) Arbeit haben. Die Herstellung gleicher Lebensverhältnisse muss namentlich die einbeziehen, die in besonderer Weise Opfer der Deregulierung geworden sind: Arbeitslose, Arbeitsmigranten und nicht zuletzt die Frauen. Diskriminierende Arbeitsbedingungen und soziale Polarisierung untergraben auch die Chancen derer, die



sich als Modernisierungsgewinner noch auf der sicheren Seite wännen. Oder: Emanzipation zielt nicht nur auf gleiche Chancen für die Frauen, sondern auch auf Befreiung der Männer von den Verbiegungen ihrer Karrierezurichtung.

Das Beispiel verweist zugleich auf die Notwendigkeit, die sozialen Interessen lebensweltlich zu definieren und sie nicht auf die im betrieblichen Ablauf sichtbaren Belange zu verkürzen. Angesichts der kulturellen Dimension eines gesellschaftlichen Reformprojekts ist das Bündnis mit anderen Initiativen unverzichtbar. Bündnisse gedeihen freilich nur auf dem Boden der Gleichberechtigung und mit der Bereitschaft, Konflikte und andere Erfahrungswelten zu ertragen. Je stärker sich Lebenslagen und Erwerbsbiografien ausdifferenzieren, desto notwendiger ist die produktive Verarbeitung

unterschiedlicher Erfahrungen. Innerhalb der Gewerkschaften wie in Kooperation mit anderen Initiativen und Organisationen.

Die politische Orientierung darf an den nationalen Grenzen nicht Halt machen. Das gilt erst recht in Zeiten, in denen der nationale Wettbewerbsstaat sich auf Standortinteressen festlegen lässt und meint, der verschärften internationalen Konkurrenz durch Dumpingstrategien begegnen zu können. Sicher; die Gewerkschaften ziehen ihre Durchsetzungskraft aus der Bodennähe betrieblicher und sozialer Kämpfe im nationalen Raum. Doch wenn es nicht gelingt, diese Konflikte zu internationalisieren, bleibt gewerkschaftlicher Kampf erfolglos. Es gibt keinen dauerhaften Wohlstand auf Kosten anderer Länder. Und keine stabile Beschäftigung auf der

Grundlage sozialen Dumpings.

Die bestehenden internationalen Bündnisse sind wichtig. Doch ebenso notwendig sind direkte Kontakte, etwa zwischen betrieblichen Gewerkschaftsvertretern. Ebenso notwendig ist die Offenheit der gewerkschaftlichen Politik für die Arbeit anderer Nichtregierungsorganisationen. In Seattle, Nizza und jetzt in Québec gab es erste hoffnungsvolle Anzeichen für die gewerkschaftliche Beteiligung.

Franziska Wiethold, Michael Sommer, Detlef Hensche

Franziska Wiethold ist Vorstandsmitglied, Michael Sommer ist stellvertretender Vorsitzender der neu gegründeten Dienstleistungsgewerkschaft Ver.di. Detlef Hensche ist scheidender Vorsitzender der IG Medien.

Quelle: TAZ 23.4.2001

170 Einzelpersonen, Initiativen und Gruppen aus Europa, den USA und Mexiko fordern die sofortige Freilassung aller immer noch inhaftierten AktivistInnen der Gegenaktivitäten zum G8-Gipfel in Genua.

Sofortige Freilassung aller Inhaftierten der Gegenaktivitäten zum G8-Gipfel in Genua

„Das Torging dauernd auf, aus den Lastwagen stiegen die Jugendlichen aus und wurden verprügelt. Sie haben sie an die Wand gestellt. Drinnen schlugen sie ihnen die Köpfe gegen die Wand. Einige haben sie angepöbeld.... Ein kleines Mädchen erbrach Blut und die Chefs der GOM (Sondereinheit des Innenministeriums) schauten zu. Dem Mädchen drohten sie, sie mit den Knüppeln zu vergewaltigen.“

Italienischer Polizist in einem Interview der Zeitung „La Repubblica“

Die massiven polizeilichen Übergriffe während des G8-Gipfels in Genua verdeutlichen, dass massenhafte Proteste gegen die Politik der führenden Industriestaaten notfalls mit aller Gewalt auf der Straße und Folter von Gefangenen unterbunden werden sollen. Die Bilder der brutalen Polizeigewalt laufen trotz dem Versuch der italienischen Behörden es zu verhindern auf allen TV-Kanälen.

Insgesamt sind noch 49 Personen in unterschiedlichen Gefängnissen in Genua inhaftiert. 22 Deutsche, 17 ÖsterreicherInnen, drei US-Amerikaner, zwei Italiener, zwei Slowaken, eine Schwedin, ein Neuseeländer und ein Ire.

Wir fordern die sofortige Freilassung der weiterhin inhaftierten Personen. Die Löschung aller Daten, einschließlich der Fingerabdrücke und Fotos aller zu Unrecht festgenommenen Personen. Des weiteren eine Untersuchung der Polizeigewalt durch eine unabhängige internationale Kommission.

Die Gefangenen und Misshandelten von Genua brauchen unsere Solidarität. Wir rufen alle demokratischen Organisationen, Initiativen und Einzelpersonen dazu auf, sich mit den Opfern der Polizeibürokratie solidarisch zu erklären und einen Beitrag zur schnellen Freilassung der immer noch inhaftierten Menschen zu leisten.

Die Unterstützung der Gefangenen kostet Geld. Für Anwaltskosten, sowie die Betreuung vor Ort brauchen wir eure Spenden. Auf folgendes Konto könnt ihr die Spenden überweisen: Ruff e.V., Kto-Nr: 1813040318, BLZ 100 500 00, Berliner Sparkasse, Stichwort: Genua 2001

Unterstützer:

international: REA (Reclaiming-Earth-Activists)
australien: FAU; Florian Koch, Wien-Innsbruck; Grünaltemative JugendTirol; GRAS – Grüne & Alternative StudentInnen; Infoladen Grauzone, Innsbruck; KPO-Linz; Mag.a Elisabeth Sözt, Innsbruck; WIENER APPELL;
croatia: ZaMirNET, Zagreb; ZAR – zenska akcija rijeka (Womens Action of Rijeka); Zadarska inicijativa protiv ekonomske globalizacije (Initiative against economic globalisation from Zadar); Diana Topcic; Dr. sci. Lino Veljak; Slavonsko-baranjsko društvo za zastitu zivotinja – ZIVOT (LIFE – SBSPA), Osijek; LORI, Rijeka; Srdjan Dvornik; Centar za zene Vukovar (Women's Centre Vukovar); Hrvatski hostelsko ferijalni savez (Croatian Youth Hostel Association), Zagreb; Udruzenje za mir i ljudska prava Baranja (Association for Peace and Human Rights Baranja); Koalicija za promociju i zastitu ljudskih prava (Coordination for Promotion and Protection of Human Rights); Altruist – Split, Knin, Kistanje; Zoran Ostric; HAG (Croatian Antiglobalist Coalition); Marina Skrabalo; Marija Molnar; Ljudi za prava zivotinja (People for Animal Rights), Zagreb; KORAK (Women's Group), Karlovac; CERD (Center for Development of Democracy and Human Rights Protection), Split; ORA (Committee for Equality and Affirmation of Women), Split; GON (Citizens' Resistance to Injustice and Violence), Split; Desa, Dubrovnik; **denmark:** Solidarity Network „Oscar A. Romero“ in Europe, Group Denmark **france:** CNT international sec. Paris. **germany:** Afrika Süd AktionsBündnis, Bonn; AG Cuba Si beim Parteivorstand der PDS; AL Spandau; Andreas Köhn, ver.di Berlin-Brandenburg; Antifa Hohenschönhausen; Antifa Fried-Lich; Antifa Jugend Front Nürnberg; Antifa Jugend Königs Wusterhausen; Antifa K, Köln; Antifaschistische Aktion Hamm; Antifaschistische Aktion Hannover; Antifaschistische Aktion Lüneburg/Uelzen; Antifaschistische Gruppe Bensheim Contra; Antifaschistische Initiative Moabit; Antifaschistisches Aktionsbündnis III, Berlin; Antifaschistisches Pressearchiv Leipzig; Antifa Suhl-Zella-Mehlis; Antifa Weißensee; Antirassistische Initiative Berlin; Antirepressionsgruppe 10.10.99; Aktionskreis Internationalismus Karlsruhe; Arnold Reiktke, Berlin; Astrid Keller, Stadträtin (Linkes Bündnis), Dortmund; Autonome Antifa Burg; Autonome Antifa [NO] Berlin; Autonome Antifaschisten Malchin; Bärbel Wilgermeier, Mitglied im Rat der Samtgemeinde Lühchow; Beate Flechtner, Radio Unerhört Marburg; Berliner Kampagne gegen Wehrpflicht,

Zwangsdienste und Militär; Dr. Bernd Drücke, Redaktion Graswurzelrevolution; BUKO-Arbeitsschwerpunkt Weltwirtschaft; Buchhandlung el libro, Leipzig; Buchladen Le Sabot, Bonn; Büro für antimilitaristische Maßnahmen, Berlin; Büro für mentale Randalie, Ruhrgebiet; Cafe Trauma e.V., Marburg; Carsten Hübner, MdB/PDS; Catherine Gregori, stellv. Bezirksvorsitzende Jusos Bezirk Westliches Westfalen; Cornelia Kerth, Bundessprecherin VVN-BdA; Daniel Kreutz, Köln; Daniel Schade; Das Linke Netzwerk Bochum; DKP Berlin; eberswalder infosystem; Eugen Koch, ex-Grüner Berlin; EU For The People, Schwelm; Frank Laubenburg, Mitglied des Rates der Stadt Düsseldorf/PDS; Freke Over, MdA Berlin/PDS; Gefangeneninitiative e.V., Dortmund; Grüne Liste Wendland in der Samtgemeinde Lühchow; Gruppe FeS; Gruppe gemeinsam sind wir stark; Gruppe Genova Libero; gruppe mûcadele, Berlin; Heike Geisweid, Rechtsanwältin, Bochum; Dr. med. Helmut Käss, Braunschweig; Hönkeldruck, Lutter; Initiative „BürgerInnen beobachten den BGS“, Dortmund; Initiative Libertad!; Internationale Jugend; Internetprojekt „Die AntifaschistInnen“, Marburg; Joachim Guilliard, Heidelberger Forum gegen Militarismus und Krieg; Jörg Fischer, Journalist; Judith Dellheim, Mitglied des Parteivorstandes der PDS; Jugendantifa Neurruppin; JungdemokratInnen/Junge Linke, Berlin; JungdemokratInnen/Junge Linke, Bundesverband; JungdemokratInnen/Junge Linke, NRW; Junge Linke Wesel; Jürgen Crummenerl, Rechtsanwalt; Kahina e.V. Leipzig; Klaus Hartmann, Bundesvorsitzender des Deutschen Freidenker-Verbandes; LinkeSeite.de; Marco Steckel, MdL-Sachsen-Anhalt/SPD; Margret Stoll, WeiberRat e.V., Markus Fellner, Vogach; Markus Sippel, Grüne München; Martina Lübbers, Gießen; Matthias Hoffmann, Vorsitzender des Jusos-Bereichs Hannover; Monty Schädel, MdL Mecklenburg-Vorpommern/PDS; Nadesha Mailbox e.V., Düsseldorf; Nicole Bartsch, Mannheim; Ortenau-Zeitung, Offenburg; Pädagoginnen und Pädagogen für den Frieden; Patrice Florentin, Landessprecher von [solid] Berlin; PDS-Dortmund; Peter Kühn, Heppenheim; Pia Paust-Lassen, Grüne-Berlin; Potsdamer Kampagne gegen Wehrpflicht, Zwangsdienste und Militär; Projekt für Toleranz und Demokratie, Magdeburg; PULK – Potsdamer Unabhängiger Linker Kreis; Radikale Linke Köln; Ralf Henze, Sprecher von BasisGrüne e.V.; Redaktion der Blätter des Informationszentrum 3. Welt, Freiburg i.Br.; Redaktion Graswurzelrevolution, Heidelberg; Redaktion Graswurzelrevolution, Münster; RedSideZ, Blankenfelde; Revolutionäre Linke Zella-Mehlis; Rote Hilfe Berlin; Rote Hilfe Göttingen; Rote Hilfe Leipzig; Rote Hilfe Potsdam; Sabine Jünger, MdB/PDS; Schwarze Katze Hemer; SDAJ Bensheim; Solidaritätsgruppe Genua 2001; sozialistische Initiative/sozialistische Liga, Berlin; Sozialistische Linke, Karlsruhe; Sozialistische Positionen; Speicher Husum; Tamara Bunke-Verein für internationale Jugendverständigung e.V.; Treptower Antifa Gruppe; Unabhängige Antifa Aktiv, Essen; Ulla Jelpke, MdB/PDS; Ulrike Bagger; Ursula & Hans Hunger, Dessau; Villa-Mir e.V., Lühchow-Dannenberg; WEIBSBILDUNG e.V.; Waltraud Heinlein-Zischgl, Kreisvorsitzende Bündnis 90/Die Grünen Freising; Werner Hesse, Vorstand Villa-Mir e.V.; Dr. Winfried Wolf, MdB/PDS; Wissenschaftlich-humanitäres Komitee, Regionalgruppe Ruhrgebiet; Dr.med. Wolfgang Fischer, München; www.das-denkende-Kollektiv.de; www.mumia.de; Zeitschrift „Arranca“; **luxembourg:** Anarchist Black Cross Luxembourg; Federation Anarchiste, Luxembourg; Infoladen Schreibe, Esch/Alzette; **mexico:** Liga Mexicana por la Defensa de los Derechos Humanos, (Limedhd), Oaxaca; **spain:** Asociacion Apoyo, Madrid; Plataforma Civica por Cúncu. **sweden:** AFA-Network. **switzerland:** Indymedia Schweiz; Nord-Süd-Koordination Basel (Anti-WTO-Schweiz); Pressebüro Savanne, Schweiz; Sektion Basel der Partei der Arbeit der Schweiz; **usa:** International Action Center-NYC; Maureen Horowitz, Reclaiming-Earth-Activists; Tatjana Kaurinovic, San Francisco. **yugoslavia:** Zene u crnom (Women in Black), Belgrade; Stasa Zajovic Berlin den 08. August 2001

9. September: Kommunalwahlen und Wahl der Landräte, Oberbürgermeister und Bürgermeister in Niedersachsen

14./15. September, Frankfurt: *Antifaschistischer Widerstand und gewerkschaftlicher Kampf.* Gewerkschaftshaus, Historisch-politische Tagung aus Anlass des 90. Geburtstages von Willy Schmidt, ehem. Jugendfunktionär in Duisburg, Organisator der illegalen Arbeit an Rhein und Ruhr, führendes Widerstandsmitglied im KZ Buchenwald, Metaller und Zeitzeuge, u.a. mit: J. Hinzer, Dieter Hooge, Reinhard Kühnl, Günter Judick, Ulrich Schneider, Peter Scherer. Anmeldung: (bis 10.9.): Horst Gobrecht, Jahnstr. 8, 65185 Wiesbaden, Fax: 0611/40 97 19

15./16. September, Berlin: *Delegiertenkonferenz der Humanistischen Union,* Haus der Demokratie, Greifswalder Str. 4. E-Mail: hu@ipn-b.de – Internet: <http://www.humanistische-union.de>

21.-23. September, Arnoldshain: *Jahrestagung „Auf der Suche nach Ort und Zeit menschenrechtlicher qualifizierter Politik“* des Komitees für Grundrechte und Demokratie, Ev. Akademie Arnoldshain. Kontakt: Komitee für Grundrechte und Demokratie, Aquinostr. 7-11 (HH), 50670 Köln, Tel.: 0221/9726930, Fax: 0221/9726931. E-Mail: Grundrechtekomitee@t-online.de Internet: <http://www.grundrechtekomitee.de>

22. September, Fulda: *Wirtschaftskurs des Forum Kommunistischer Arbeitsgemeinschaften,* Kapitel 19, 20 und 21: Internationaler Handel und Währung, DGB-Jugendbildungsstätte. Beginn 10.30 Uhr

23. September: Bürgerschaftswahlen in Hamburg

28.-30. September, Bremen: 17. FIFF-Jahrestagung „2001 – Odyssee im Cyberspace? Wege und Irrwege der Informationstechnik“. Weitere Infos unter (als pdf-file) <http://fiff.informatik.uni-bremen.de/2001/call.pdf>, Organisationsgruppe in Bremen: FIFF-Jahrestagung 2001, z.Hd. Ralf E. Streibl, Universität Bremen, FB 3 – Informatik, Postfach 330 440, D-28334 Bremen, e-mail: fiff2001@informatik.uni-bremen.de, <http://fiff.informatik.uni-bremen.de/2001> Kontakt: Forum InformatikerInnen für Frieden (FIFF), Frau Hülsmann, Medemstade 64, 21775 Ihlienworth, E-Mail: fiff@fiff.de . Internet: <http://www.fiff.de>

6./7. Oktober, Dresden: Parteitag der PDS

12. Oktober, Berlin: *Zur Zukunft der Europäischen Union – die demokratische Dimension.* Inhaltliche Schwerpunkte der Konferenz der RLS sind: * Die Zukunft der Europäischen Union – sozial und demokratisch? * Hauptfragen der Demokratisierung europäischer Politik * Demokratiedefizite im Prozess der Osterweiterung der EU * Das Problem der ungenügenden demokratischen Legitimation in der EU – Möglichkeiten ihrer Überwindung * Entwicklung und Stärkung einer europäischen Zivilgesellschaft * Verfas-

sungsdiskussion in der Europäischen Union * Der Reformprozess nach Nizza – Inhalte und Modalitäten Konferenzsprachen sind Deutsch und Englisch mit Simultanübersetzung. Für weitere Informationen und Anfragen: Dr. Hilde Ettinger Tel.: ++4930 29781152 Fax: ++4930 29781180 E-mail: ettinger@rosaluxemburgstiftung.de

12./13. Oktober, Stuttgart: *Zukunftsdebatte der Gewerkschaftslinken* – bundesweite Konferenz der Vernetzungsinitiative der Gewerkschaftslinken. Kontakt: Heinz-Günter Lang, Tannenburgstr. 17, 64665 Alsbach-Hähnlein, Tel.: 06257-1468, hagelang@gmx.de.

13./14. Oktober, Erkner (bei Berlin): 3. Behindertenpolitischen Konferenz der PDS

19./21. Oktober, Berlin: *Eine andere Welt ist möglich.* Kongress der internationalen Attac-Bewegung . Die jeweils aktuellste Fassung des Kongress-Programms ist unter www.attac-netzwerk.de/kongress zu finden. Ort: voraussichtlich Technische Fachhochschule Wedding.

21. Oktober, Berlin: Wahlen zum Abgeordnetenhaus und Bezirkssparlament (alle 5 Jahre)

16.-18. November, Bad Segeberg: *Fluchtweg Ostsee.* Konferenz des Flüchtlingsrates Schleswig-Holstein anlässlich seines 10. jährigen Bestehens, gemeinsam mit anderen Gruppen und Organisationen in Schleswig-Holstein. Informationen bei: www.baltic-refugee.net

17./18. November: *Symposium zum PKK-Verbot.* YEK-KOM und andere laden aus Anlass des achten Jahrestages des PKK-Verbots zu einem Symposium ein, auf dem die bisherigen Erfahrungen des Kampfes gegen das PKK-Verbot und weitere Schritte dagegen beraten werden sollen. Veranstalter ist der Trägerkreis der Kampagne „Verboten ist, den Frieden zu verbieten“, c/o YEK-KOM, Graf-Adolf-Str. 70a, 40210 Düsseldorf, Fax (02 11) 1 71 14 53, E-Mail: yekkom@gmx.net

Grenzübertretungen – Umgang mit dem Anderen



vom 7. bis 9. September in Berlin.

Konferenz zu Rechtsextremismus, Migration, Geschlechterkonstruktionen

Die Rosa Luxemburg Stiftung führt eine gemeinsame Konferenz mit der Bundeszentrale für politische Bildung und dem IPP Amsterdam mit den nachfolgend genannten Schwerpunkten durch.

Um die Zusammenarbeit in und zwischen Polen, Tschechien und Deutschland anzuregen, bringen wir politische Akteure mit WissenschaftlerInnen und EntscheidungsträgerInnen zusammen, schaffen Kontakte und Netzwerke, entwickeln Ideen und Projekte u.a. zu folgenden Themen:

- Die extreme Rechte im Parteien- und Staatssystem und im Leben der Gesellschaft
- Migrationspolitik und die Auseinandersetzung mit Fremdenfeindlichkeit
- Geschlechterbilder und -konstruktionen im Umgang mit dem Anderen

Workshops, Vorträge, Open Space (zur freien Gestaltung), Projektbörsen und Podien bieten Möglichkeiten zu inhaltlichen Diskussionen und zur Präsentation von Organisationen und Projekten.

Mit der Kombination von bisher separat diskutierten Themenkomplexen initiieren wir neue analytische Zugänge und Kooperationen. Die Konferenz erweitert durch die Bündelung Ihrer spezifischen Erfahrungen und Kompetenzen Ihre Handlungsspielräume.

Am Kölnischen Park 6-7, 10179 Berlin

Informationen:

Rosa-Luxemburg-Stiftung,

Franz-Mehring-Platz 1, 10243 Berlin

Telefon: 030 / 29 78 42 21

e-mail: moe-konferenz@rosaluxemburgstiftung.de

Website: www.rosaluxemburgstiftung.de

Teilnehmerbeitrag (in DM; inklusive gastronomischer Versorgung)

Beitrag 45/35 DM